Inhalt

2 Editorial

3 Zur Revolution in Ägypten / TEIL III Geschlecht, Klasse, Feminismus und Islamismus

6 Interview zur 15M-Bewegung in Spanien

6 Interview mit einem bulgarischen Anarchisten

11 SRB ZAF - voller Erfolg für serbische Antifaschist_innen

12 Was ist Faschismus? Teil VII - Resümee und Ausblick

20 Das Selbstverständnis anarcho-syndikalistischer Projekte

23 Erfolgreiche antikapitalistische Demonstration in Karlsruhe

24 Buch des Jahres 2011

25 Termine

27 Wer Wir Sind & Was Wir Wollen

Gǎidào 改道

einen anderen weg gehen

Zeitschrift der anarchistischen Föderation (FdA - IFA)

No 11
2011

Editorial

Hallo Menschen,

pünktlich zur „fünften Jahreszeit“ (am 11.11.2011 startet der Karneval) bekommt ihr die [改道] Gǎi Dào Nummer elf in die Hand. Als wir im Oktober 2010 die Idee hatten, es mit einer monatlichen anarchistischen (Internet)-Zeitschrift zu versuchen, wussten wir nicht wie viele Ausgaben wir schaffen würden. Ja, wir wussten nicht einmal ob wir überhaupt eine einzige zustande bringen würden. Uns plagten auch einige Zweifel, denn immerhin gibt es mit der Direkten Aktion und der Graswurzelrevolution zwei gestandene, seit Jahrzehnten regelmäßig erscheinende anarchistische Zeitungen im deutschsprachigen Raum. Beide haben darüber hinaus den Anspruch, journalistisch gut zu sein und hohe Qualitätsstandards zu haben.

Wir jedoch wollen einerseits „nur“ ein Magazin aus der Bewegung und für die Bewegung sein und andererseits das Unmögliche schaffen, nämlich auch für Menschen jenseits der Bewegung so attraktiv zu sein, dass nicht nur AnarchistInnen, die [改道] Gǎi Dào lesen.
Ob und wie wir diesen Ansprüchen genügen, wisst ihr einstweilen besser als wir. Aber glücklicherweise bekommen wir von euch doch die eine oder andere Rückmeldung. So wissen wir, das es nicht wenige gibt, die sich die [改道] Gǎi Dào als Printversion wünschen. Euch allen sei gesagt: Wir prüfen gerade die Möglichkeiten.
Ob es uns im nächsten Jahr als Printausgabe zu kaufen und im Abo geben wird, können wir euch heute allerdings noch nicht verraten. Eine Umstellung auf zweiwöchentliches Erscheinen, haben wir jedoch vorerst aufgeschoben, denn noch beteiligen sich zu wenige Menschen an den notwendigen Arbeiten. Aber wer weiß, aufgeschoben ist nicht aufgehoben, und so wie wir im Januar 2011 einfach angefangen haben überhaupt zu erscheinen, so könnte es sein, das wir im Laufe des Jahres 2012 als Printversion erscheinen und vielleicht schon 2013 zweimal im Monat.

So – nun aber Schluss mit dem Blick in die ungewisse Zukunft. In dieser Ausgabe findet ihr den letzten Teil unserer Reihe „Was ist Faschismus“. Wir hoffen, euch ab Januar 2012, die komplette Reihe als erste [改道] Gǎi Dào-Broschüre, herausgegeben vom Forum deutschsprachiger AnarchistInnen (FdA), präsentieren zu können. Vorbestellungen könnt ihr ab sofort an die Redaktion schicken. Entweder an unsere altbekannte Mailadresse: fda-ifa@free.de oder an unsere neue Redaktionsmailadresse: **redaktion-gaidao@riseup.net**.
Des Weiteren gibt es einen Bericht von der „Krisen-Demo“ des anarchistischen Netwerks Südwest*, ein Interview mit anarchistischen Antifas in Serbien, den dritten Teil zur Revolution in Ägypten (diesmal: Geschlecht, Klasse, Feminismus und Islamismus), einem Beitrag von Syndikalismusforschung und dem Allgemeinen Syndikat Hamburg-Altona, Termine und vieles andere mehr.
Sicher vermisst ihr aktuelle Berichte, Analysen und Kommentare zu den Ereignissen in Griechenland, der weltweiten Occupy-Bewegung und vielen anderen aktuellen Ereignissen. Seid versichert: Wir auch! Und wir arbeiten daran, für die Dezemberausgabe der [改道] Gǎi Dào kompetente AutorInnen zu diese Themen zu finden – by the way: Wenn ihr kompetente AutorInnen kennt oder willens und in der Lage seid, Artikel aus dem Spanischen, Französischen, Englischen, Russischen, Polnischen, Italienischen, Arabischen, Türkischen, … zu übersetzen, dann meldet euch bitte bei uns! ■

Eure Redaktion der [改道] Gǎi Dào

Forum deutschsprachiger AnarchistInnen (FdA-IFA)

Wer Wir Sind & Was Wir Wollen

1

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

2

Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

3

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

Kontakte:

FdA-IFA: *http://www.fda-ifa.org*
IFA: *http://www.i-f-a.org*

Anarchistische Föderation Berlin
Kontakt: *afb@riseup.net*
http://www.afb.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: *info@anarchie-mannheim.de*
http://www.anarchie-mannheim.de.vu

Antinationale Offensive Saarbrücken
Kontakt: *antinationale@riseup.net*
http://www.antinationale.org

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein
Kontakt: sortesindet@marsmail.de

Libertäres Netzwerk Dresden
Kontakt: *linetdd@riseup.net*
http://www.libertaeres-netzwerk.info

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: *lb-hoch2@riseup.net*
http://lblb.pytalhost.de

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
karakok.wordpress.com/karakok-autonome
Kontakt: l*aydaran@immerda.ch*

Saarbrücken: Vortrag und Diskussion „Denn sie wissen, was sie tun – Krieg, Feindstrafrecht und die deutsche Folterdebatte“
Wann: 14.11.2011, 18.00 Uhr | Wo: Philocafé, Universität des Saarlandes

Andreas Ries und Ursel Quack, beide von der bundesweiten Initiative Libertad! analysieren in ihrem Vortrag die deutsche und weltweite Debatte über Folter und Feindstrafrecht im Kontext des
„Kriegs gegen den Terror“. ■
Mehr Infos: *http://antinationale.org*
Kontakt: *antinationale@riseup.net*

Wendland: Castor-Transport nach Gorleben blockieren
Wann: 24. - ??.11.2011

Dieses Jahr rollt der angeblich letzte Transport mit radioaktiven Castoren aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage „La Hague“ ins niedersächsische Gorleben, das als potenzielles bundesdeutsches Endlager für Atommüll gilt.
Und wie in den Jahren zuvor wird es an der gesamten Strecke, aber besonders kurz vor dem Ziel, im niedersächsischen Wendland zu massenhaften Blockade- und Störaktionen gegen den Transport kommen. Dabei reicht die Protestpalette von symbolischen Demonstrationen, über Straßen- und Schienenblockaden, dem direkten Schottern der Schienen, bis hin zu direkten Aktionen. ■
Mehr Infos: *https://www.gorleben-castor.de*
Kontakt: *buero@bi-luechow-dannenberg.de*

Berg (Pfalz): Castor–Südblockade
Wann: 25.11.2011

Im November soll der angeblich letzte Castor-Transport aus La Hague nach Gorleben rollen. Wir werden mit großen, gemeinsamen Gleisbesetzungen den Castor stoppen.
Nicht erst in Gorleben, sondern schon hier im Süden! ■
Mehr Infos: *http://www.castor-suedblockade.de*

Karslruhe: Umsonstflohmarkt auf dem Werderplatz
Wann: 27.11.2011, 11.00 – 16.00 Uhr |
Wo: Werderplatz

Wieder einmal gilt: Bringt vorbei, was ihr nicht braucht, was aber anderen noch gut nützen kann. Nehmt mit, was ihr gebrauchen können. Tragt bei, ohne nachzufragen. Bedient euch ohne schlechtes Gewissen. Für Geld, Feilschen und Tauschen ist auf dem Umsonstflohmarkt kein Raum. Lasst eurer Phantasie freien Lauf: Bücher, Kleidung, Taschen, Büroklammern, Lampen, CDs, Golfschläger, Poster oder Schuhe. ■
Mehr Infos: *http://umsonstflohmarktka.blogsport.de*

Berlin: 3. Vorbereitungstreffen für einen Libertären Bildungskongress (LiBiKo)
Wann: 9.–11.12.2011 (Beginn: Fr, 18 Uhr / Ende: So, 15 Uhr) | Wo: Selbstverwaltete Heilpraktikschule im Bethanien, Mariannenplatz 2a, 10997 Berlin

Vorschlag für einen inhaltlichen Schwerpunkt des Treffens: Gesellschaftlicher Anspruch des Events LiBiKo, Austausch (wer soll mit wem in Austausch treten und in welchen Formen?), ermutigte Ausdrucksformen (rhetorisch, praktisch, künstlerisch..?)

Bitte meldet Euch zu dem Treffen mit einer email an *libiko-ini@riseup.net* an. Wichtig wäre vor allem, dass wir wissen, von woher du anreist und ob du einen Übernachtungsplatz brauchst oder Kinder mitbringst.

Momentan besteht die LiBiKo-Initiativgruppe aus sieben Personen. Über weitere Menschen, die sich langfristig einbringen möchten, freuen wir uns. Termin und Ort des vierten Vorbereitungstreffens stehen ebenfalls bereits fest:
3.-5. Feb. 2012, Leipzig. Schwerpunkt: Eventformen kennenlernen; wie international, barrierefrei etc. soll das Event werden? Was verstehen wir unter: Workshop, Open Space, World Café ...? ■
Mehr Infos: *http://we.riseup.net/libiko-ini*
Kontakt: *libiko-ini@riseup.net*

Zur Revolution in Ägypten / TEIL III Geschlecht, Klasse, Feminismus und Islamismus

In dem folgenden Gespräch äußert sich Jano Charbel, der als Journalist über Arbeitskämpfe berichtet und sich als Anarchosyndikalist versteht, über den Charakter der Revolution in Ägypten, die jüngere Geschichte der Arbeiterkämpfe, die Rolle der Islamisten und der Gewerkschaften, über Geschlechterbeziehungen und die Perspektiven der Kämpfe. Das Interview wurde von zwei Freunden der klassenlosen Gesellschaft im Frühjahr 2011 in Kairo geführt.

FKG: *Wie sah die Rolle der Frauen in dem Aufstand aus und welche Auswirkung hat der Aufstand auf die Geschlechterbeziehungen?*

JC: Seit dem 25. Januar haben Frauen eine sehr wichtige Rolle in der Revolution gespielt. Sie waren in den Protesten sichtbar präsent und an manchen Orten vielleicht sogar in der Mehrheit. Ich habe nur Ereignisse in Kairo und Alexandria miterlebt, und dort waren Frauen eine ziemlich große Minderheit, vielleicht 30 bis 40 Prozent oder sogar mehr. Man sah Frauen mit offenem Haar und andere mit dem Hijab. Sie waren an allen möglichen Aktivitäten beteiligt – an den Protesten an vorderster Front, Straßenaufräumarbeiten, feurige Reden auf dem Tahrir-Platz, Lebensmittel- und medizinische Versorgung. Die Volkskomitees in den Nachbarschaften bestanden in erster Linie aus Männern mit Schwertern, Messern, Schlägern, manchmal auch Schusswaffen. Die Frauen haben für die Leute auf den Straßen das Essen zubereitet und manchmal auch Molotowcocktails gebastelt. Manche Frauen und Mädchen sah man auch, wie sie die Straßen mit den Volkskomitees bewacht haben.

FKG: *Das geht mit den traditionellen Geschlechterrollen konform.*

JC: Ja, aber ab dem 28. Januar wurde der Platz besetzt und Zelte aufgebaut und da haben sich natürlich auch Frauen beteiligt. Das hat an sich schon die Grenzen in Frage gestellt, in die die Gesellschaft die Frauen einzwängt; man hat ihnen beigebracht, zu Hause zu bleiben – in der Küche oder im Schlafzimmer oder bei der Erziehung der Kinder. Diesen Grenzen haben sich Frauen widersetzt, sie haben sich in den vordersten Reihen den Protesten und den Straßenschlachten mit der Polizei angeschlossen. Manche haben sich sogar mit Steinen gegen die bewaffneten Schlägertypen gewehrt, und sowas hat auf den Straßen des vorrevolutionären Ägypten normalerweise nicht gesehen. Das war also für Frauen und Mädchen eine sehr radikalisierende und befreiende Erfahrung.

Das gab es aber nicht nur auf dem Tahrir-Platz. Bei einer Reihe von Fabrikstreiks wurden die Proteste und Besetzungen sogar von Frauen angeführt. Das war zum Beispiel bei der Mansoura Espagna Company der Fall, einer Textilfabrik, die in erster Linie Frauen (die fast allesamt einen Hijab oder Niqab tragen) beschäftigt. Während der Fabrikbesetzung 2007 haben Männer und Frauen unter einem Dach, am gleichen Ort geschlafen. Natürlich wurden ihre Räumlichkeiten durch Vorhänge abgetrennt, aber trotzdem war es für konservative Menschen komplett inakzeptabel, außerhalb vom eigenen Heim zu schlafen. Einige Arbeiterinnen wurden deswegen sogar geschieden oder von ihren Verlobten, ihren zukünftigen Ehemännern, verlassen. Nichtsdestotrotz haben sie dieses Tabu gebrochen.

FKG: *Gab es um dieses Thema während des Aufstandes Konflikte, haben die konservativeren Elemente den Frauen gesagt, dass sie nach Hause gehen sollen?*

JC: Das habe ich von niemandem gehört, noch nicht mal von den reaktionärsten Elementen der Gesellschaft. Aber manche Männer haben konservative, reaktionäre Predigten gehalten und aufdringliche Fragen gestellt – warum trägst du keinen Hijab? Welcher Religion gehörst du an? Betest du? Solch eine Scheiße. Sexuelle Belästigung war so gut wie nicht-existent auf dem Tahrir-Platz. Leider beginnt sie wieder aufzutauchen, aber die Frauen wehren sich jetzt eher. Die Revolution hat ihnen ein Bewusstsein über ihre Rechte und ihre Fähigkeit als revolutionäre Akteure gegeben. Nicht nur als Mutter oder Ehefrau oder Lehrerin oder Konkubine. Als die Frauen und Mädchen auf die Straße gegangen sind, haben sie ihre Macht gespürt; sie waren mindestens so aktiv, mutig und militant wie die Männer. Wir haben zahllose Beispiele von Frauen gesehen, die bei weitem militanter und mutiger als die Männer waren.

FKG: *Wie passen die Angriffe auf die Frauendemo am 8. März in dieses Bild?*

JC: Dem Protestmarsch am Weltfrauentag ging es um gleiche Rechte und Möglichkeiten und vor der Revolution waren reine Frauendemonstrationen eine Seltenheit – seit einem Jahrhundert gibt es in Ägypten Proteste, die aus Männern und Frauen bestehen, aber das war fast ausschließlich eine Frauendemonstration und deshalb für die konservativeren und reaktionären Elemente vielleicht eine Provokation. Zudem haben sehr viele Frauen ihre Haare nicht bedeckt. Das war, nachdem Mubarak entthront worden war eine neue Staatspropaganda eingesetzt hatte: dass Straßenproteste und Streiks dem Land schaden. Also wurde gesagt: Wir sollten Ägyptens Rechte einfordern, nicht die der Frauen, das ist eine zweitrangige Angelegenheit.

Ich habe schreckliche Details über die Vorfälle auf der Demonstration gehört. Einige Frauen meinten: Wir sind es gewohnt, belästigt zu werden, aber was auf dieser Demonstration passiert ist, ging weit über Belästigung hinaus. Sie wurden von mehreren Männern begrabscht, nicht nur von einem; Frauen wurden verprügelt; Journalistinnen, insbesondere ausländische, wurden überfallen. Lara Logan von CBS wurde beinahe von einer Gruppe von Männern vergewaltigt. An diesem Tag haben Frauen ihre Rechte eingefordert, und das reaktionäre Ägypten hat gesagt: Nein, dies ist immer noch eine von Männern beherrschte Gesellschaft. Die Revolution ist vorbei, wir haben gewonnen, geht nach Hause.

Doch die Frauen waren nach der Revolution radikalisiert, und weil sie genau so wie die Männer auf dem Tahrir-Platz präsent waren, wollen sie im neuen Ägypten auch die gleichen Rechte und Freiheiten. Zum Beispiel haben die Muslimbrüder und andere ultrakonservative Gruppen vor der Revolution argumentiert, dass Frauen – ebenso wie Nichtmoslems – nicht Präsident Ägyptens werden dürfen. Andere reaktionäre Gruppen – unter Moslems wie Christen – meinten, dass Frauen nicht als Richter dienen sollen, da sie »instabil« seien, oder zu emotional. Seit der Revolution sind die Muslimbrüder sogar einen Schritt nach vorne gegangen und haben angekündigt, dass sie auch einen koptischen Christen oder eine Frau als Präsident akzeptieren könnten.

FKG: *In welchem Zusammenhang stehen Geschlecht, Klasse und Feminismus? Die Frage, ob Frauen Präsidentin oder Richterin werden dürfen, ist ja vermutlich für die Arbeiterinnen nicht besonders zentral. Gibt es da unterschiedliche Programme oder überwiegen die gemeinsamen Interessen – der Widerstand gegen die weibliche Genitalverstümmelung und gegen sexuelle Belästigung, eine säkulare Verfassung ohne islamisches Recht?*

JC: Zunächst mal sind die Frauenrechts-NGOs in erster Linie Mittelschichtsorganisationen, die meistens von Anwältinnen betrieben werden, die sich ihrer Rechte und der Diskrepanzen zwischen dem nationalen und dem internationalen Recht bewusst sind. Sie fordern gleiche Möglichkeiten und gleichen Lohn für Frauen. In Ägypten verdienen Frauen oft weniger, in der Landwirtschaft manchmal auch gar nichts, auch wenn sie die gleiche Arbeit machen.

FKG: *Ich bin auch der Meinung, dass Frauen je nach Klassenzugehörigkeit unterschiedliche Interessen haben können, gibt es aber nicht auch gemeinsame Interessen, zum Beispiel den Zugang zu Universitäten, den Kampf gegen sexuelle Übergriffe auf der Straße, gegen die weibliche Genitalverstümmelung…*

JC: Etwa 60 Prozent der ägyptischen Frauen sind Analphabetinnen, besonders in den ländlichen Gegenden. Und wenn du Analphabetin bist, hast du möglicherweise gar kein Bewusstsein von Frauenrechtsverletzungen wie etwa der Genitalverstümmelung oder von deinen Rechten als Bürgerin und als Mädchen oder Frau. Deshalb denke ich, dass Frauen aus der Arbeiterklasse benachteiligt sind, ganz besonders auf dem Land. Ein weiteres häufiges Problem für alle Frauen sind die zunehmenden radikalen islamistischen Gruppen. Es wird von Drohungen gegen Frauen geredet – ähnlich wie einige Fälle in den 1990ern –, bis hin zu Säureangriffen gegen Frauen, die ihre Beine entblößen oder kurzärmlige Hemden tragen. Obwohl selbst die reaktionären salafistischen Gruppen behaupten, sie hätten solche Verlautbarungen nicht von sich gegeben. Doch ein männerzentrierter und islamistischer Diskurs taucht wieder auf, für den der Platz einer Frau im Haus liegt. Gegen solche Tendenzen fordern Frauengruppen einen säkularen Staat. Mir wäre natürlich eine säkulare Gesellschaft ohne Staat lieber.

FKG: *Denkst du, dass die Muslimbrüder eine Bedrohung darstellen? Es wurde allgemein behauptet, sie hätten keine führende Rolle im Aufstand gespielt, sich bedeckt gehalten, und es gibt offenkundig eine Spaltung zwischen den jüngeren Muslimbrüdern und den älteren Schariatypen.*

JC: Erstens muss man sagen, dass es nicht nur eine Form islamischer Bewegung gibt. Es gibt die Muslimbrüder, die sind

Schweiz: Anarchistisches Treffen
Wann: 04. - 06.11.2011 | Wo: Wird noch bekannt gegeben

Wir wollen die Anarchie.
Davon gehen wir aus. Doch was bedeutet das für unser Handeln, hier und heute? Wenn wir den Geschmack eines Lebens ohne Unterwerfung nicht in eine utopische Zukunft verschieben, sondern unverzüglich kosten wollen, indem wir uns auflehnen, welche Mittel und Methoden wählen wir, um diesem Geschmack am nächsten zu kommen? Wie bringen wir die Ablehnung jeglicher Autorität, die Solidarität und die Selbstorganisation in unseren Kämpfen zum Ausdruck? Wie vereinen wir die Verweigerung von inhaltlichen und praktischen Kompromissen mit der Suche nach Begegnungsmomenten unter verschiedensten Unzufriedenen und rebellischen Gemütern? Wie können wir unsere Ideen und Revolten teilen, ihnen eine soziale Tragweite, eine revolutionäre Perspektive geben? Was sind vergangene Erfahrungen von Anarchisten in der Schweiz und in anderen Ländern? Wo bieten sich hier und heute Möglichkeiten, um auf anarchistischen Grundlagen zur Verschärfung sozialer Konflikte beizutragen? Und nicht zuletzt, was tragen die wiederholten Aufstände und die konfliktreichen Veränderungen auf internationaler Ebene dazu bei?
Wir wollen uns mit allen, die an diesen Fragen interessiert sind, 3 Tage Zeit nehmen, um sie gemeinsam in Diskussionen, Gesprächen und Vorträgen zu vertiefen. ■
Mehr Infos: *http://anarchistcamp.noblogs.org*
Kontakt: *Anarchist_camp@autistici.org*

Freiburg: Demonstration „no g20 – Die Krise heißt Kapitalismus“ - Wann: 05.11.2011, 14.00 Uhr | Wo: Platz der alten Synagoge

Am 3. und 4. November 2011 findet im französischen Cannes der G20-Gipfel statt. Wir nehmen dies zum Anlass, um in Freiburg gegen Kapitalismus, Krise und Krieg zu demonstrieren. Am Samstag, 5. November 2011 findet um 14 Uhr ab Platz der Alten Synagoge eine überregionale antikapitalistische Demonstration statt unter dem Motto „no g20 – Die Krise heißt Kapitalismus“ ■
Mehr Infos: *http://g20.blogsport.de*
Kontakt: *no-g20@riseup.net*

Nürnberg: 16te linke Literaturmesse
Wann: 11. - 13.11.2011 | Wo: Künstlerhaus K4

Buchvorstellungen, Lesungen, Diskussionen alternativ zum kapitalistischen Mainstream. Veranstaltet von Metroproletan – Archiv & Bibliothek und Kultur- und Literaturverein e.V. / Libresso. Verkaufsmesse. Eintritt frei. ■
Mehr Infos: *http://www.linke-literaturmesse.org*
Kontakt: *gostenhof@web.de*

Berlin: „Demonstration zu den Verursachern tödlicher Politik in Schöneberg“
Wann: 12.11.2011, 19.00 Uhr | Wo: U-Bahnhof Kleistpark

Auftakt zum Protest gegen den 15. europäischen Polizeikongress im kommenden Februar in Berlin. Die Demonstration beleuchtet einzelne Bausteine polizeilicher Herrschaftsausübung und -sicherung. So führt die Route an verschiedenen Orten polizeilicher und juristischer Repression, wie Polizeidirektionen und Gerichtsgebäuden vorbei, die mit passenden Redebeiträgen erläutert werden. Im Anschluss an die Demonstration finden eine Infoveranstaltung zu tödlicher Polizeigewalt und eine Soliparty statt. ■
Mehr Infos: *http://nojusticenopeace.blogsport.eu*
Kontakt: *njnp@riseup.net*

Dort angekommen hielt zunächst ein Vertreter des Anarchistischen Netzwerks Südwest* den Redebeitrag, der ursprünglich für die Startkundgebung geplant war. Im Beitrag wurde die Rolle Griechenlands in der aktuellen Krise beschrieben und erläutert, wieso die Rettungspolitik der EU sowohl die Krise nicht verhindert, als auch soziale Konflikte verschärft. Den letzten Redebeitrag hielt wieder ein Vertreter vom Libertären Bündnis Ludwigsburg. Er stellte heraus, wieso die anwachsende, globale Protestbewegung inhaltlich noch in den Kinderschuhen steckt, sie aber viele Anknüpfungspunkte für radikale, anarchistische Kritik an den bestehenden Verhältnissen bietet.

Petra Schwarz vom Anarchistischen Netzwerk Südwest* wertete die Demonstration als vollen Erfolg. „Dass 250 Menschen die Schuld für die aktuelle Krise nicht „raffgierigen Managern“ oder „faulen Griechen“ geben, sondern sie als Symptom eines tieferliegenden Problems sehen, macht deutlich, dass ein Ausweg aus der derzeitigen Krise nicht in der Reformation des Kapitalismus bestehen kann, sondern nur in dessen Abschaffung“ so Schwarz.

Die Demonstration bildete den Auftakt für weitere Veranstaltungen in denen die angerissenen Themen weiter ausgeführt werden. Alle Informationen hierzu werden in Kürze auf a-netz.org veröffentlicht. ■

Anarchistisches Netzwerk Südwest

Buch des Jahres 2011

Im Herbst jeden Jahres verleiht die „Bibliothek der Freien“ in Berlin einer oder mehreren Neuerscheinungen die Auszeichnung „Buch des Jahres“, womit auf exzellente (vor allem deutschsprachige) Publikationen zu einem anarchistischen Thema aufmerksam gemacht werden soll. Zu den Beurteilungskriterien gehören die wesentliche Vermehrung des Wissensstands zum jeweiligen Themenkomplex, sorgfältige Ausführung in Druck und Layout sowie besondere Recherchequalität, Originalität und Internationalität, wodurch der Publikation insgesamt bleibender Wert zukommt. Die Auflagenhöhe spielt für die Prämierung keine Rolle.

Die Auszeichnung „Buch des Jahres“ ist ein ideeller Preis. Die Auswahl erfolgt durch die „Bibliothek der Freien“.

Als „Buch des Jahres 2011“ wurden prämiert:

SYFO – FORSCHUNG & BEWEGUNG. Mitteilungen des Instituts für Syndikalismusforschung, Nr. 1
Verlag Edition AV, Lich 2011, 120 S.,
ISBN: 978-3-86841-57-0, 10 €

Michael Bakunin: AUSGEWÄHLTE SCHRIFTEN. Band 6: KONFLIKT MIT MARX. Teil 2: Texte und Briefe ab 1871
Herausgegeben von Wolfgang Eckhardt.
Karin Kramer Verlag, Berlin 2011, zwei Halbbände, 1240 S.,
ISBN: 978-3-87956-342-5, 78 € ■

Nachwort der Redaktion:

Auf *http://syndikalismus.wordpress.com/2011/10/11/das-neue-syfo-magazin-syfo-%E2%80%93-forschung-und-bewegung* findet ihr neben der Pressemiteilung zur Veröffentlichung auch noch weitere Rezensionen und eine Diskussion um diese.

die wichtigste Organisation. Dann gibt es Islamisten wie die Islamistische Arbeiterpartei, die sich eher an den Arbeitern und an einem konservativen Wohlfahrtssystem orientieren. Dann gibt es noch eine moderatere islamistische Partei, Al-Wasat, was Mitte/Zentrum bedeutet; ihre politischen Vorstellungen sind mit der Partei für Aufschwung und Gerechtigkeit (AKP), der Regierungspartei in der Türkei, vergleichbar. Und dann gibt es noch die radikalen Salafisten, Gamat al-Islamyia und Jihad. Die letzten drei Gruppen sind erzreaktionär und haben eine lange Geschichte der organisierten Gewalt und des Terrors.

Vor der Revolution haben die Muslimbrüder gesagt, sie unterstützen keine Revolution als Mittel zur Veränderung des Systems, das stand in ihrem Programm. Aber als der Aufstand nach dem 25. Januar weiter voranschritt, sind sie massenhaft aufgetaucht, da sie sehr gut ihre Anhänger mobilisieren können und gegen das Mubarak-Regime sind. Auch zusammen mit anderen Islamisten waren sie keinesfalls die Mehrheit in den Protesten, höchstens eine Minderheit von etwa 30 Prozent. Auf dem Tahrir-Platz waren sie unter anderem sehr aktiv bei der Verteidigung des Platzes. Sie waren mehrmals während des Aufstandes in vorderster Reihe – besonders während der »Kamelschlacht« auf dem Tahrir-Platz am 2. Februar. Einige von ihnen erlagen ihren Verletzungen, sie waren extrem mutig. Seit Mubaraks Rücktritt geht die Politik der Muslimbrüder eher in die Richtung, eine oder mehrere Parteien zu gründen. Das war ihnen unter Mubarak untersagt. Und nun arbeiten sie daran, eine Partei zu gründen, vielleicht sogar zwei Parteien, sagen manche. Es gibt Spaltungen unter den Muslimbrüdern. Nicht nur zwischen den jungen und den alten, sondern auch zwischen den konservativen und den ultrakonservativen, den radikaleren, den eher sozial ausgerichteten und den eher wirtschaftsnahen. Einige von ihnen sind Multimillionäre und Geschäftsmänner; und weil sie solche Geldmengen besitzen, können sie Wohltätigkeitsorganisationen unterstützen, Hilfswerke, Kliniken, Wohnungsbau. 1992 gab es ein großes und verheerendes Erdbeben; den Brüdern gelang es, den Leuten, die ihre Wohnungen verloren, Wohnraum und Unterkünfte zu bieten – während die Regierung gar nichts bot. Neben solcher Wohlfahrt ist ihr Slogan »der Islam ist die Lösung« für alle Probleme sehr anziehend in einer konservativen muslimischen Gesellschaft wie Ägypten.

FKG: *Zur sozialen Basis der Muslimbrüder: Wäre es vereinfachend zu sagen, dass sie ein Zusammenschluss reicher Geschäftsmänner, aufstiegsorientierter Akademiker und der total Verarmten sind, aber wenig Anziehungskraft auf die Arbeiterklasse im engeren Sinne haben?*

JC: Ihre Anziehungskraft auf die Arbeiter ist begrenzt. Wenn ich ein konservativer Arbeiter bin, stimme ich dem vielleicht zu, dass »der Islam die Lösung ist«. Doch was dann? Habe ich dadurch mehr Lohn, ein Streikrecht, eine Gewerkschaft, die mich und meine Genossen repräsentiert? Habe ich nicht, es ist nur heiße Luft. Das gleiche kann man über die meisten islamistischen Strömungen sagen, da sie an den sozialen Frieden und nicht an den Klassenkampf glauben. Sie halten Klassen für natürlich, so sind Gesellschaften halt einfach. Man kann nur die Kluft zwischen Arm und Reich mittels islamischer Wohlfahrt verkleinern. Sie würden niemals irgendeine Art revolutionärer Veränderung befürworten. In den Gewerkschaften sind die Muslimbrüder also nicht stark, aber in den Berufsverbänden schon. Die Mubarak-Regierung hat sogar ein Sondergesetz erlassen, um die starke Position der Muslimbrüder bei den Wahlen in den Berufsverbänden zu schwächen.

FKG: *Hältst du es also für denkbar, dass sie die Regierung übernehmen oder eine Koalition mit dem Militär eingehen?*

JC: Ich halte es nicht für wahrscheinlich, aber es ist möglich. Wir haben das 1979 im Iran gesehen, das war keine islamistische Revolution, aber die Islamisten konnten das Ruder übernehmen. Aber die Mehrheit in Ägypten unterstützt die Muslimbrüder nicht. Die sind bloß sehr gut organisiert und haben Millionen oder sogar Milliarden Pfund, die sie in Wohlfahrtsorganisationen und religiöse Propaganda investieren können. ■

Interview mit einem bulgarischen Anarchisten

Dieses Gespräch mit Nikolaj „Scharkhan" Tellalow (Jahrgang 1967, Übersetzer, Schriftsteller, Mitglied des Redaktionskomitees der Zeitung „Swobodna Misl") wurde in russischer Sprache per E-Mail geführt und danach ins Deutsche übersetzt.

Frage: *Lass uns langsam anfangen. Erzähl mal über die kulturellen, geistigen Wurzeln des Anarchismus in Bulgarien. Kann mensch von einem „bulgarischen" Anarchismus sprechen?*

NT: Als eigentlichen Ursprung des Anarchismus in der Region könnte mensch die föderalistische Stammesstruktur bezeichnen – zuerst der slawischen Stämme, dann die der vom Pamir hergezogenen AltbulgarInnen. Des Weiteren – in den bogomilischen Ketzereien. Aber als eine konsequente Weltanschauung ist der Anarchismus erst nach dem Fall der drei bulgarischen Reiche unter die osmanische Herrschaft herangereift. Die Staatlichkeit der EroberInnen hat niemand außer den Adeligen und später den wenigen Reichen als „unsere eigene" angesehen. Sogar die Kirche, die unter den Einfluss der griechischen Geistlichkeit geraten ist, bildete keine Alternative zur Herrschaft. Die Menschen waren genötigt auf die Methode der Selbstorganisation zurückzugreifen, um zu überleben. Und um eigene Belange nicht in Gefahr zu bringen, zog mensch es vor, sich nicht an die offiziellen Gerichte und andere Herrschaftsinstitutionen zu wenden, sondern Streitigkeiten im „mir" (in der Gemeinde) zu schlichten, denn nur so lernte mensch, die verpflichtenden Regeln und Vereinbarungen einzuhalten.

Zudem hörte dieser Widerstand fünf Jahrhunderte lang nicht auf und verlief wellenförmig, mit Tiefen und Höhen. Noch im ersten Jh. gab es keine AnführerInnen der aufständischen Adeligen mehr. Versuche der Reste der Kriegerkaste, den katholischen Glauben anzunehmen, um Kreuzzüge aus dem Westen zu provozieren, die von Aufständen begleitet hätten begleitet werden sollen, schlugen auch fehl. (Es gab nur einen einzigen Kreuzzug, den von Wladislaw Jagelo, eher seine eigene emotionelle Entscheidung, als eine durchgeplante Handlung.) Der Bevölkerung wurde klar, dass politische Spiele sinnlos sind. Neue Kampfformen entwickelten sich. Hajdukenbanden (Banden von „Volksrächern") arteten zwar öfters in gewöhnliche Räuberbanden, schufen aber eine interessante Tradition – die Wählbarkeit der AnführerInnen und der FahnenträgerInnen (der faktischen stellvertretenden AnführerInnen), die fast mönchenhafte Enthaltsamkeitsgelübde für die Zeit der Aktivität (die Banden gingen im Winter auseinander und schlossen sich wieder im Frühling zusammen) und die soziale Komponente im Kampf – allmählich wurden nicht nur TürkInnen oder Muslime zu Feinden, sondern hauptsächlich die Reichen und die Amtsträger ohne Unterschied in der ethnischen Herkunft oder des Glaubens. Manche Hajdukenbanden waren ethnisch gemischt, z. B. die Bauernarmee unter der Führung von Mehmet Sinap im 16. Jh. oder der Aufstand vom ehemaligen Heeresführer Janitscharen Indzhe (ungefähr zur selben Zeit).

In der Epoche des Wiederauflebens Bulgariens (seit der ersten Hälfte des 19. Jh.) waren Volksschulen, die autonom (ohne jegliche Verwaltungszentren) von Eltern- und Lehrerkomitees geführt wurden, markantes Beispiel für Parallelstrukturen auf lokaler Ebene. Bei den Schulen wurden an den Erwachsenen orientierte Volksbibliotheken gegründet, die in sich Bibliotheken, Theater, Schulungen und eigenartige Diskussionsclubs vereinigten. Naturgemäß sind sie zu Kernen der revolutionären Komitees geworden.

Die nationale Befreiungsbewegung in Bulgarien hatte ein sehr stark ausgeprägtes anarchistisches Element – seine Initiatoren (nach Georgi Sawa Rakowskij) wendeten sich direkt an Bakunin zwecks Programm und Statut. Karawelow, Lewski und besonders Botew sahen die Zukunft in einer föderativen Republik, wo allen Ethnien und allgemein allen BürgerInnen lokale Selbstverwaltung, soziale Gleichheit und alle Menschenrechte garantiert wären. Als Beispiel sahen sie die Schweiz an, aber wohl nicht die reale, sondern eine idealisierte. Die Wucherei und das Bankertum galten ihnen als „nicht ehrliche Arbeit".

Leider konnte die Befreiung nicht durch eigene Kräfte erreicht werden, die Unabhängigkeit wurde zusammen mit der konstitutionellen Monarchie (etwas progressiver als der Absolutismus, aber ein gigantischer Schritt zurück hinter die Ideale der „heiligen und reinen Republik") auf fremden Bajonetten

Erfolgreiche antikapitalistische Demonstration in Karlsruhe

Rund 250 Menschen demonstrierten am 15.10.2011 unter dem Motto „Es ist keine Krise – Es ist das System" durch Karlsruhe und forderten stattdessen „Grenzenlose Solidarität statt kapitalistischem Überlebenskampf".

Am Werderplatz fanden sich bereits zur Anfangskundgebung rund 150 Personen zusammen. Aufgrund technischer Schwierigkeiten musste der erste Redebeitrag verschoben werden, worauf sich der Demonstrationszug zügig und geschlossen in Bewegung setzte. Sehr zur Freude der Demonstrationsteilnehmer _innen beschränkte sich die Polizei lediglich auf die Verkehrsregelung, anders als bei zahlreichen antikapitalistischen und antifaschistischen Demonstrationen in der näheren Vergangenheit.

Die auftretenden technischen Schwierigkeiten taten der Stimmung der Demonstration keinen Abbruch, es ging lautstark durch die Werderstraße, Rüppurrerstraße, Fritz-Erler-Straße, Markgrafenstraße über die Adlerstraße zum Lidellplatz, auf dem die erste Zwischenkundgebung abgehalten wurde.

Hier schlossen sich erfreulicherweise rund 50 Personen aus verschiedensten Spektren spontan der Demonstration an. Ein Vertreter des Libertären Bündnis Ludwigsburg hielt einen Redebeitrag über den Zusammenhang von Krise und Nationalismus und forderte „planetare Solidarität statt nationaler Borniertheit".

Im Anschluss setzten sich die Demonstrant_innen weiter in Richtung Marktplatz in Bewegung. Aufgrund von parallel stattfindenden Veranstaltungen und überall in der Innenstadt verteilten Baustellen wurde die ursprüngliche Route leider nicht genehmigt. Statt über die Haupteinkaufsmeile von Karlsruhe ging es über die Hebelstraße Richtung Abschlusskundgebung am Friedrichsplatz.

ein Gymnasium besucht zu haben […] So praktisch, handlich und heilsam der akademische Betrieb für die Durchschnittsbegabung sein mag, so entbehrlich scheint er mir für individuell produktive Naturen, bei denen er sich sogar im Sinn einer Hemmung auszuwirken vermag." (Stefan Zweig: Die Welt von gestern)

Bezüge zur Vergangenheit herzustellen, ist leicht. So hatte die Bewegung in den 1920er Jahren neben ihrer Gewerkschaftsorganisation, der FAUD, eine breite Palette an Kultur-, Schutz-, Hilfs- und personengruppenbezogenen Organisationen zu bieten. Nur hat es noch nie ein Forschungsinstitut gegeben. Das hat sich für die Aufarbeitung der eigenen Geschichte als Nachteil erwiesen, da das reichhaltige Erbe der Bewegung (Archive, Periodika, personelle Traditionen usw.) spätestens in den 1960er Jahren auseinanderzubrechen begann, und nur unzureichend oder gar durch die falschen Leute aufgefangen werden konnte. Im schlimmsten Fall liegen zum Beispiel die „Urheberrechte" an den Texten von Rudolf Rocker in fremder Hand und stehen der syndikalistischen Bewegung nicht mehr in voller Form zur Verfügung. Ähnliches muss in Zukunft verhindert werden. Wir wollen Geschichte erhalten und nutzbar machen auf kollektiver Basis.

Konkrete Zusammenarbeit in einem informellen Netzwerk

Wir schauen, in welchen bedeutenden und aktuellen Fragen wir intervenieren können. Das betrifft Dauerbrenner, wie z.B. die Vor- und Nachteile der Organisierung in der „Internationalen Arbeiter-Assoziation", was besonders für die dort angegliederte FAU relevant ist, aber wir schauen auch auf dynamische Entwicklungen, wie im Jugendbereich. Es ist kein Zufall, dass von unserer Seite 2011/12 umfangreiche Ausarbeitungen zu den „Schwarzen Scharen" und zur syndikalistisch-anarchistischen Jugendbewegung (von den Anfängen bis zur Gegenwart) erscheinen, den brandaktuellen Entwicklungen Rechnung tragend. Dabei arbeiten ASJ-Gruppen, das Institut für Syndikalismusforschung und die Verlage/Vertriebe der Bewegung in vorbildlicher Weise zusammen. Wir versprechen uns davon nicht nur konkrete Ergebnisse, sondern auch, dass dieser Elan uns selber weiter motiviert und die Bewegung für künftige Aufgaben bereichert. Das Wachsen eines solchen informellen Netzwerkes, produktiv und mit Freude, sollte neben der Stärkung syndikalistischer Basisgruppen zu den Aufgaben der syndikalistischen Bewegung im 21. Jahrhundert gehören.

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es"

Syfo ist eine Bildungseinrichtung von unten. Wir erkunden, sichern, erschließen, archivieren, leisten Quellenkritik, stellen zusammen, entwickeln Fragestellungen, recherchieren, konzipieren, erarbeiten, schreiben, korrigieren, layouten, werben, beraten, leisten Recherchehilfen, interviewen, stellen Kontakte her, arbeiten mit anderen Projekten zusammen, aktualisieren unseren Weblog, bauen unser Informationsportal aus, geben ein Jahrbuch heraus, entwickeln Strategien, reflektieren und hinterfragen uns, stehen fest auf dem Boden. Das alles leisten wir ohne Bezahlungen, Zuschüsse, oder Förderungen und ohne Gejammer darüber, wie schwer doch alles sei! Wir sagen: Wer wirklich will, kann es erlernen und tun! Forschung ist für uns Handwerk mit allem drum und dran.

Mitentscheidend in psychologischer Hinsicht ist der spielerisch-schöpferische Charakter, in der bürgerlichen Wissenschaft und selbst unter nicht wenigen Anarcho-Syndikalisten in ihrem manischen Dünkel rationaler Aufgeklärtheit reichlich verpönt. Wir aber empfinden diesen freien Charakter als schaffende Lust, als enorme Motivation, als Initiator von Kreativität und fruchtbringender Interaktion. An die Stelle einer elitären Wissenschaft (links wie rechts) setzen wir auf eine Wissenschaft zum Mitmachen, oder besser noch: zum Selbermachen.■

Institut für Syndikalismusforschung,
Bremen im September 2011

Kontakte über:

Institut für Syndikalismusforschung
Postfach 140470
D-28094 Bremen
E-Mail: *institut@syndikalismusforschung.info*

http://syndikalismusforschung.wordpress.com
http://www.syndikalismusforschung.info
http://de-de.facebook.com/pages/Institut-f%C3%BCr-Syndikalismusforschung/150168228372730

ins Land gebracht. Darin liegt die „Einzigartigkeit" des Anarchismus auf dem bulgarischen Boden – im Kollektivismus, in der Genossenschaft der kleinen (Agrar-)Produzenten. Schwach ausgeprägt war die Tradition des Anarcho-Syndikalismus, weil es ganz wenig IndustriearbeiterInnen gab, die zudem in den Fabriken arbeitend immer noch Bauern und Bäuerinnen blieben.

Interessant ist, dass die noch unter den Sultans existierenden Gilden und Genossenschaften sich in Kooperativen verwandelten und „Kommunen" genannt wurden, besonders wenn es sich um Verbrauchergenossenschaften handelte. Der Kooperativen-Sektor spielte eine wichtige Rolle in der Wirtschaft des dritten Zarentums (ab 1908) und auch später, im „sozialistischen" Bulgarien, einigen AutorInnen zufolge nahm er über 40 Prozent der Wirtschaft ein. Zwar zwang das bolschewistische Regime die Kooperativenbewegung in den Kolchosenrahmen, aber nicht so brutal wie in der UdSSR.

Es ist noch früh über die Eigenschaften der modernden anarchistischen Bewegung in Bulgarien zu sprechen, auf jeden Fall hat die FAB das noch nicht analysiert. Ich persönlich kann sagen, dass unser Anarchismus traditionell kommunistisch, atheistisch ist, den Begriff „@-Kapitalismus" nehmen die GenossInnen einfach nicht ernst und die letzte „Mode" (wie der National-Anarchismus) sorgt bestenfalls für Staunen.

F: *Wann entsteht eine explizit anarchistische Bewegung in Bulgarien „offiziell", sozusagen? Gab es Versuche der anarcho-syndikalistischen Organisierung?*

NT: Die erste anarchistische (bakunistische) Gruppe wurde von Christo Botew in Brail 1875 gegründet. Dann (um 1886 oder ein, zwei Jahre später) gründet Spiridon Glupatschew in Ruße eine kooperative Druckerei, ihre Redaktion kümmert sich um die schriftliche Propaganda der Herrschaftslosigkeit. Fast sofort setzt auch die Repression der Herrschenden ein. Wrban Kilifarski und Lehrer Nikola Stojnow gründen zur selben Zeit (1880-90er) Agrargsyndikate, aber später entwickelt sich aus einem Teil der Syndikate die Bulgarische Agrarische Volksunion (BAVU). Die AnarchistInnen verlassen sie.

Sehr präsent waren anarchistische Zirkeln auch in der revolutionären Befreiung von Mazedonien (1890-1907). In den Aufständen wurde dort 1903 die Kommune von Strandzhar gegründet – der ein Monat lang andauernder Versuch der freiheitlichen kommunistischen Gesellschaft. 1907 distanzieren sich AnarchistInnen von der nationalen Befreiungsbewegung in Mazedonien, denn diese befand sich bereits unter der Kontrolle von PolitikerInnen und mafiösen Organisationen. Stojnow, Kilifarski und andere beginnen mit der bereits als Klassiker gehandelten anarchistischen Zeitung „Die Freie Gesellschaft".

Die Frage der Vereinigung von Zirkeln und Gruppen in einer Föderation wurde von Gerdzhikow 1910 gestellt. Die geistigen Voraussetzungen sind da, aber Repression, Verhaftungen von AktivistInnen bremsen den Prozess aus. Schließlich störten auch die Kriege auf dem Balkan (viele wurden mobilisiert, manche meldeten sich freiwillig, andere landeten als Kriegsdienstverweigerer im Knast) und der Erste Weltkrieg. Die FAKB (Föderation der Anarcho-KommunistInnen Bulgariens) wurde im Juni 1919 gegründet, als die BAVU-Regierung verhaftete AnarchistInnen amnestierte. Die anarchistische Gruppe aus Ruße versucht 1914 eine anarcho-syndikalistische Organisation mit einem Programm und Statuten zu gründen. Bulgarische AnarchistInnen mischten auch in den anarcho-syndikalistischen Strukturen im Ausland mit, z. B. Pano Wassilew in Argentinien.

Die Schwäche des Anarcho-Syndikalismus bei uns liegt darin, dass es hier bis 1945 keine großen Industriebetriebe gab und unter den ArbeiterInnen die SozialistInnen und MarxistInnen (die je nach Strömung entweder aus dem Westen oder aus dem Kreml Unterstützung erhielten) erfolgreich wirkten. Die Freiheitlichen hat natürlich kaum jemand finanziert, aber angegriffen wurden sie von allen Seiten – selbst die BAVU-Regierung veranstaltete 1923 unter dem Vorwand der Waffenkonfiskation ein Massaker in einer anarchistischen Kommune. Nichtsdestotrotz stellten sich die AnarchistInnen beim Militärputsch gegen die BAVU gegen die PutschistInnen, viele sind dabei gestorben. Die AnhängerInnen des Komintern blieben neutral, bis sie aus Moskau den Befehl bekamen, im Herbst einen Aufstand zu starten – eine aussichtslose Sache.

F: *Erzähl mal über die FAKB, über ihr Ausmaß, deren praktischen Einfluss und theoretische Arbeit.*

NT: Die FAKB existierte bis Dezember 1948, als vor dem 5. Kongress der kommunistischen Partei fast alle aktiven AnarchistInnen verhaftet wurden. Ca. 600 von ihnen landeten dann im KZ bei Belene. 1951 war die Zerschlagung vollständig. Dennoch dauerten vereinzelte Aktionen bis Mitte 1960er Jahre an, wie z. B. ein Bombenanschlag auf das Stalindenkmal. (Die „Terroristen" wurden schnell gefasst, vor der Hinrichtung rettete sie nur der Umstand, dass Stalin drei Tage später starb. Es gibt

Gerüchte, dass da der Aberglaube von einigen hohen Tieren in den bolschewistischen Repressionsorganen eine Rolle gespielt hat). Der Höhepunkt der Aktivitäten der FAKB war der Kongress 1923. Die Zeitung der Organisation, „Der Arbeitergedanke“, erschien in einer Auflage von 7.500 Exemplaren und wurde in 140 Städten des Landes abonniert.

Nach dem Umsturz und insbesondere nach dem kommunistischen Attentat in der Kathedrale „Sweta Nedelja“ (1925) waren aufgrund der Repression bis in die 1930er Jahre gar keine Aktivitäten möglich. Es gab Kongresse im Ausland – in Jugoslawien, später in Frankreich. Zur selben zeit entfachten sich die Debatten um den Plattformismus. Nach 1934 ist die Lage etwas günstiger geworden, aber gearbeitet wurde immer noch illegal. Die FAKB schickte ca. 50 Menschen als InterbrigadistInnen nach Spanien. Nach Polizeiangaben aus dieser Zeit gab es ca. 3.000 aktive („unverbesserliche“) AnarchistInnen und etwas weniger als 4.000 BolschewikInnen im Land. Nach dem Einmarsch der Deutschen ins Sudetenland gründeten sich militante anarchistische Gruppen, die Anschläge auf Objekte verübten, deren EigentümerInnen die Nazi-Regierung und deutsche KapitalistInnen waren. Erfolge waren aber eher bescheiden. Davor startete die antifaschistische Agitation.

Anarchistische Guerilla-Truppen entstanden sofort nach dem Anschluss Bulgariens an die Achsenmächte. Erst ab Sommer 1941 schloss sich die KP dem bewaffneten Kampf an. 1945 ergab sich ein Konflikt mit der sowjetischen Besatzungskommandantur: RussInnen und UkrainerInnen konnten problemlos die Zeitung (der FAKB) lesen. Weil eine anarchistische Moralzersetzung der sowjetischen SoldatInnen befürchtet wurde (und viele von denen kannten noch die Makhno-Bewegung), verlangte sie von der bulgarischen Regierung den Verbot der anarchistischen Presse.

Als 1991 die Emigrierten die FAKB wieder gründeten (einige Zellen existierten in Frankreich und in Österreich, glaube ich), bestand ein Teil der Delegierten auf dem Kongress darauf, die Organisation in die Föderation der AnarchistInnen Bulgarien umzubenennen, um negative Assoziationen mit dem totalitären sowjetischen Regime zu vermeiden. Ich glaube, das war ein Fehler, obwohl kein wirklich fataler.

Schlimmer ist es, dass die Veteranen die Jugend nicht begeistern konnten. Und nicht nur begeistern, sondern sie für eine tief greifende theoretische Auseinandersetzung zu gewinnen, AnarchistInnen für den Kampf gegen die kapitalistische Restauration unter dem Banner der „Demokratie“ zu mobilisieren als für den strategischen Kampf und keine wirren subkulturellen Aktivitäten, Proteste um der Proteste willen.

Was die theoretische Arbeit angeht, der Beitrag ist wohl bescheiden und ich bin mir nicht sicher, was ich hier nennen könnte … Ich sollte GenossInnen fragen, aber jetzt (wie immer!) gibt es Stress wegen der Zeitung, die Juni-Ausgabe verspätet sich, die Internetseiten wurden gehackt, der technische Redakteur ist krank und keiner konnte ihn ersetzen …

F: *Übrigens, gab es Verbindungen praktischer oder theoretischer Art zwischen der FAKB und der Makhno-Bewegung in der Ukraine?*

NT: Weiß nichts von solchen. Da sollte ich mal GenossInnen fragen.

F: *An welchen Projekten und Themen arbeitet gerade die FAB? Erzähl über die Presse der FAB.*

NT: Zum jetzigen Moment hat die FAB alle Veranstaltungen drastisch runtergefahren. Analysiert werden die Gründe der propagandistischen Schwäche und des Rückgangs der Mitgliederanzahl. Außerdem gibt es eine Art Missverständnis zwischen den Generationen (die „mittleren“ Altersgruppen fehlen fast vollständig).

Es gibt einige Gruppen, die an den festgelegten Prioritäten weiter arbeiten: publizistische Tätigkeit, antifaschistische Aktionen und Soli-Demonstrationen mit den so genannten „illegalen“ EinwanderInnen, Teilnahme an Protesten und die Organisation von eigenen Protesten. Es wird auch an der Gründung eines Syndikats und eines landwirtschaftlichen Kooperatives gearbeitet; letztes Jahr wurde ein Diskussionsclub gegründet (genannt das „Soziale Zentrum“) mit einem Raum, wo alle Interessierten zu Treffen eingeladen werden. Die Koordination zwischen den Gruppen nimmt im Sommer leicht ab, da viele GenossInnen sich für Saisonarbeit verpflichten.

Zur Presse: Die Zeitung „Swobodna misl“ („Der freie Gedanke“) erscheint seit 1991. Ehrlich gesagt, weiß ich nicht, wie stark die Auflage war, aber die letzten 5 Jahre drucken und vertreiben wir jeden Monat rund 2.000 Exemplare und unterhalten die Seite sm.a-bg.net. Seit Anfang dieses Jahres experimentieren wir mit Farbdruck.

Forschung und Bewegung: Das Institut für Syndikalismusforschung: „Syfo“

Unser Leitsatz lautet: „Das Institut für Syndikalismusforschung verfolgt die Aufgabe, die praktischen Aktivitäten der syndikalistischen Bewegung auf historisch-theoretischer Ebene zu begleiten. Dazu gehören die Tätigkeitsbereiche: Forschen, Archivieren, Publizieren sowie die Beratung im Sinne freiheitlich-emanzipatorischen Wirkens.“ Die ersten Überlegungen und konkreten Schritte zur Schaffung einer festen Institution gab es im Jahre 2007. Im Internet sollten zunächst einige Forschungsergebnisse und Bücher vorgestellt werden. Ein Jahr später wurde schon ein Konzept umgesetzt, das die Präsentation von Geschichte und Forschung zum Thema Syndikalismus für den gesamten deutschsprachigen Raum beinhaltete. Das zeigte Wirkung u. a. durch entstehende wertvolle Kontakte, welche ohne die Internetpräsenz nicht zustande gekommen wären. Wir sind bestrebt, alle wichtigen Neuerscheinungen zum Thema (Bücher, Zeitschriften u. a.) zu besprechen, zu präsentieren und unsere Online-Sammlung weiter auszubauen. Für alle, die forschen wollen, halten wir auf diese Weise die entsprechenden Grundlagen bereit, sei es für Biographien, lokale Studien, Ausarbeitungen zu Organisationen oder spezielleren Fragestellungen. Die Mitglieder des Instituts stellen auch ihre eigenen Arbeiten vor, zu sehen auf unserer zentralen Seite: www.syndikalismusforschung.info, auf dem auf Aktualität bedachten Blog: http://syndikalismusforschung.wordpress.com und in unserem Jahrbuch, welches über den Verlag Edition AV abonniert werden kann.

Damit betreiben wir intensive Forschung und Interaktion zur Stärkung der gesamten syndikalistischen Bewegung. Diese macht Gebrauch davon, wir erhalten allerhand Anfragen von Aktivisten, die zu ihrer eigenen Geschichte forschen wollen, beispielsweise fragen, ob es bei ihnen in der Region einmal eine „Freie Arbeiter-Union Deutschlands“ (FAUD) gegeben hat, ob wir Informationen zu bestimmten historischen Personen haben oder wo welche Archivmaterialien zu bekommen sind. Außerhalb der Bewegung ergeben sich wichtige Kontakte zu Wissenschaftlern und Journalisten, sowie zu Nachfahren von Aktivisten aus der Bewegung!

Forschung an der Basis durch die Basis

In den letzten fünf Jahren ist die syndikalistische Bewegung in Deutschland nicht nur zahlenmäßig kräftig angewachsen, sondern sie hat sich auch ausdifferenziert. Zu nennen ist dabei besonders die Renaissance der anarcho-syndikalistischen Jugendbewegung seit 2008. Daneben besteht ein ansehnliches Verlags- und Vertriebswesen. Durch die entstehende Arbeitsteilung werden die jeweils anderen Organisationen entlastet, müssen nicht mehr alle erforderlichen Aufgaben und Arbeiten unter einen Hut bringen. Alle profitieren von einem Spezialisierungsprozess. Durch die Tatsache, dass die Aktivitäten nicht innerhalb nur einer Organisation stattfinden, kommt es zu keinen unnötigen Kollisionen, welche ein zu enger organisatorischer Rahmen zwangsläufig mit sich bringt. Möglichkeiten zur Entfaltung können so auf verschiedenen Ebenen optimal genutzt werden, niemand wird ausgebremst, alle können sich frei ergänzen. Das ist eine Form von informellem Netzwerk in freier Kooperation. Wir haben gute Kontakte zu Basisgruppen, u. a. der „Anarcho-Syndikalistischen Jugend“ (ASJ) und der „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter Union“ (FAU), zu Verlagen und Vertrieben, und natürlich zu anderen Forschungsprojekten.

Die Mitarbeiter des Instituts stammen alle aus der syndikalistischen Bewegung, waren, bzw. sind dort über viele Jahre in hohen Funktionen aktiv gewesen, wissen also, wovon sie sprechen. Keiner von uns ist mit Abitur auf die Welt gekommen. Schulabschlüsse sind bei uns nicht relevant, sondern der Wille zur Selbstbildung, eine ausgeprägte Selbstdisziplin und der Bezug zur Praxis als Angehörige einer ausgebeuteten Klasse. Unser Zielpublikum sind diejenigen Menschen, die das Potenzial haben oder noch entwickeln wollen, eine freie Gesellschaft zu formen.

Das ist das Wesentliche, weshalb wir ausdrücklich betonen, dass wir kein elitärer Zirkel sind. Für uns gelten die Worte von Stefan Zweig: „Für mich ist [Ralph Waldo] Emersons Axiom, dass gute Bücher die beste Universität ersetzen, unentwegt gültig geblieben, und ich bin noch heute überzeugt, dass man ein ausgezeichneter Philosoph, Historiker, Philologe, Jurist und was immer werden kann, ohne je eine Universität oder sogar

Das Selbstverständnis anarcho-syndikalistischer Projekte

Redaktionelles Vorwort

Die Gǎi Dào-Redaktion hatte vor einigen Wochen sämtliche ihr bekannten anarcho-syndikalistischen Gruppen in der BRD jenseits der FAU-IAA angeschrieben. Dabei haben wir die Gruppen eingeladen, etwas zu ihrem Selbstverständnis und zu ihrem Verhältnis zur FAU-IAA und zu dem IWW zu schreiben. Leider haben nur das Institut für Syndikalismusforschung und das ASK/VAB (Hamburg Altona) geantwortet. An dieser Stelle möchten wir euch nun die eingegangenen Schreiben zugänglich machen:

Stellungnahme der ASK / VAB (Hamburg Altona) zu den Fragen der Zeitschrift Gǎi Dào:

Liebe Genossinnen & Genossen,

Zu unserem Verhältnis zur FAU stellen wir fest, daß bis auf einen Genossen alle in unserer Gruppe seit spätestens 2008 nicht mehr in der FAU organisiert sind bzw. dies nie waren. Die Gründe hierfür sind sehr unterschiedlich, es handelt sich um politische Gründe, z. B. die Dominanz von sog. „Antideutschen“ in der FAU-Hamburg (…& anderswo!), erinnert sei an den altbekannten Witz: Was sind 10 FAUler & 20 ADs?: 30 ADs! Auch spielen leider persönliche Animositäten eine Rolle bzw. als falsch aufgefaßte Politikvorstellungen der FAU, sowie deren weitgehende politische Untätigkeit, zumindest hier in HH. Im Einzelnen wurden Formen von Vetternwirtschaft & mangelnde Solidarität beklagt sowie eine nach unserer Auffassung falsche Schwerpunktsetzung auf den Kneipenbetrieb in der Schwarzen Katze. Deswegen können wir uns eine Mitarbeit in der gegenwärtigen FAU derzeit leider nicht vorstellen. Voraussetzung hierfür wären eine klare & unmißverständliche Distanzierung von „Antideutschen“ in Person & Inhalt, die Wahrnehmung entsprechender Aufgaben bzw. Maßnahmen der RVs auf entsprechende Entwicklungen einiger OGs, das Betreiben von Arbeiterselbstorganisation sowie die Rückbesinnung auf anarcho-syndikalistische Wurzeln. Dies alles ist nicht neu & wird seit Jahren in entsprechenden Foren diskutiert. Wir sind jedoch in Zukunft grundsätzlich zu einer Zusammenarbeit bereit.

Unsere Gruppe ist nicht geschlossen aus der FAU ausgetreten, die Entwicklung verzeichnet nach einer gewissen Stagnation ein langsames Wachstum, sowie eine ansteigende Aktionsbereitschaft. Wir nehmen an Veranstaltungen anderer als ASK/VAB teil, organisieren vermehrt selbst welche & arbeiten am Um- & Ausbau unserer Webpräsenz. Außerdem betreiben wir in drei Betrieben Gewerkschaftsarbeit & unterstützen unsere KollegInnen in ihren betrieblichen Auseinandersetzungen.

Wir haben gute Kontakte zur ASJ / Berlin, waren auf dem Erich-Mühsam-Fest vertreten & haben bereits drei Veranstaltungen gemeinsam mit der ASJ / Berlin gemacht. Die IWW sehen die meisten von uns als einen Irrweg an, siehe hierzu den Artikel „Was will die IWW“ in der Barrikade Heft 1. Diese Meinung bezieht sich allerdings lediglich auf die deutsche Sektion der IWW.

Zu den Aufgaben des Anarchosyndikalismus gibt es keine einheitliche Meinung. Eine Auswahl lautet, das schwarz/rote Ghetto zu überwinden, in einem erweiterten Sinne kampagnen- & bündniswilliger & -fähiger zu werden, besonders die Entwicklung eigener Kampagnen voranzutreiben, ideologische Grabenkämpfe (von denen auch wir leider noch nicht frei sind) ganz weit hinten anzustellen & zu realisieren, daß die Frage des Sozialismus gegenwärtig nicht auf der Agenda steht. Es fehlt eine anarchosyndikalistische Strategie! ■

Mit schwarz roten Grüßen,

ASK / VAB im September 2011

F: *Heißt das, dass es bestimmte Gruppen gibt, die nicht in der Föderation sind? Gibt es z. B. so genannte „aufständische“ AnarchistInnen?*

NT: Solche Gruppen gibt es, aber sie arten schnell zum „leftism“ marxistischer Art aus, so weit ich weiß. Die „Aufständischen“ gibt es dagegen fast gar nicht, obwohl solche Wünsche und Absichten manchmal geäußert werden. Gleichzeitig gibt es zuhauf Gründe sich auszutoben – z.B. auf die Zumutungen von einigen MonopolistInnen zu reagieren, z. B. von Strom-, Wasser- und Heizungsdienstleistungfirmen. Bis jetzt aber hat niemand ein einziges Bürofenster bei diesen Firmen eingeschmissen.

In den 20er Jahren (und früher noch, auf der Welle des europäischen anarchistischen „Terrorismus“) wurden FabrikantInnen bereits dafür erschossen, dass sie wagten auf streikende Arbeiter zu schimpfen. Von 1948 bis zur Mitte 60er Jahre gab es vereinzelte Hinrichtungen von verantwortlichen Bürokraten (Wirtschaftsbonzen, Offiziere der Repressionsorgane, Richter und Staatsanwälte) durch AktivistInnen der Bewegung (die dann sofort das Land verließen, indem sie illegal über die Grenze gingen). Jetzt aber, mitten in der Krise, werden alleinstehende Mütter aus ihren Häusern wegen unbezahlten Hypotheken vertrieben, weil die Banken in Alleingang die Verträge geändert haben; es werden Krebskranke dem Tod überlassen, weil ihnen die Möglichkeiten genommen werden, sich notwendige Medikamente zu besorgen – die „aufständischen“ Aktivitäten sind weit und breit nicht zu sehen. Einzelgänger wie Ravchol trauen sich nicht zu, und ihre Netzwerke sind immer noch nicht entstanden.

Um nicht einseitig zu klingen, sag ich was auch zur Verteidigung von denjenigen, die den extremen Illegalismus wollen, sich aber nicht zutrauen. Insgesamt, unter anderen Erklärungen der allgemeinen sozialen Apathie gibt es auch den Umstand, dass junge und energische Menschen einfach das Land verlassen. In den letzten 20 Jahren waren das über 1,5 Mio. Menschen. Ein signifikanter Proporz zu den Dagebliebenen 7 Mio. Die Situation wird noch schwieriger, weil die alltägliche Kleinkriminalität ethnisiert wird (was Kräfte von militanten Widerstand auf die Auseinandersetzungen mit den ethnischen Banden umlenkt, d. h. spielt den Rechten zu) und sich mafiöse Strukturen mit den politischen Kreisen, besonders mit den Herrschenden, vermengen. Somit wird der offizielle staatliche Repressionsapparat noch durch die Mafia gestärkt. Dort, wo das Gesetz zu langsam ist, handeln mal schnell die Kriminellen. So wird der Insurrektionalismus im Keim erstickt.

Andererseits wird all dies nicht vergessen. Und in einer angespannten (sei es keine wirklich revolutionäre) Situation, wird mensch sich sehr grausam an mafiösen Elementen, Bankiers, BürokratInnen und PolitikerInnen rächen. Aus diesem Grund lässt die politische Klasse ab und zu den Dampf raus durch all diese „sanften Umstürze“. Aber – so scheint's mir – immer erfolgloser.

F: *D. h. wohl, Du sieht in Bulgarien die Möglichkeit einer Situation wie in Griechenland oder in Ägypten?*

NT: Nein, wenn's hier eine Explosion gibt (wenn es überhaupt so weit kommt), wird sie sich in der „besten“ balkanischen Tradition ereignen … (Das jugoslawische Schlamassel ist ein Beispiel dafür). Soziale Probleme werden gerne auf die ethnische Schiene umgelenkt, das ist die einzige Möglichkeit für die herrschende Klasse, den Zusammenbruch zu vermeiden. Und jetzt denke ich mir … Die Wahrscheinlichkeit einer Explosion ist gering. Die Jugend ist in der Minderheit. Und die wird immer kleiner – fließt ins Ausland ab.

F: *Aber was passiert, wenn sie als Überflüssige zurückgedrängt werden? Es kommen schon manche aus Spanien zurück.*

NT: Ich weiß nicht. 1988/1989 hatte ich ein ähnliches Gefühl, dass ich mich in einem hoffnungslosen Sumpf befinde. Und trotzdem passierte etwas (wenn auch unter heimlicher Lenkung, wenn alles nur ein großer Schwindel war, sollte mensch aus den Fehlern lernen). Mensch kann Bulgarien nicht mehr als ein vom Rest der Region und des Kontinents isoliertes System betrachten.

F: *Mensch hört oft von einer nationalistischen antiziganistischen oder antitürkischen Stimmung in Bulgarien. Wie ernst ist dieses Problem? Was tun die AnarchistInnen im Kampf gegen den Nationalismus bzw. die FaschistInnen?*

NT: So was gibt es. Beruht sogar auf Gegenseitigkeit. Der Nationalismus ist nicht nur bulgarisch, sondern auch zigeunerisch (bei denen wär's korrekter, von einer Clanverfassung zu reden) und türkisch. Wie ernst? Lass mich das so sagen: Ernster als im heutigen Österreich, aber harmloser als in Serbien zur Zeit Miloŝevics. Ein einfaches alltägliches Misstrauen, ein relativ schwaches Motiv für das Handeln. Die nationalistischen Milieus sind auch ziemlich schwer zu mobilisieren, ihre Sub-

kulturen sind hauptsächlich die von Fußballfans. Alleine stellen sie keine Macht dar.

Der Widerstand? Äußerst ungenügend, meiner Meinung nach. Es geht nicht darum, Gegenveranstaltungen zu organisieren oder durch die Straßen zu rennen und nach Nazis zu suchen (was einige GenossInnen bevorzugen). Sondern mensch sollte mit den ethnischen Gruppen arbeiten, unter den TürkInnen und Roma die agitatorische Arbeit führen. Aus welchem auch immer Grund, ist es leichter, rumänische Romas zu kontaktieren (z. B. in Timischor, so weit ich weiß, bestehen Anarchogruppen meistens aus Romas), als mit unseren „eigenen"; es ist leichter, sich mit dem Menschen aus Bursa (eine Stadt in der Türkei) als mit jemand aus Krdzhali (eine Stadt in Bulgarien, wo die türkische Minderheit sehr kompakt lebt) zu verständigen. Und der Grund ist hier wieder der Einfluss der kriminellen Organisationen unter den Minderheiten, wobei, wenn es um die TürkInnen geht, handelt es sich um eine politische Partei, die ganz offen illegale Geschäfte macht (sie ist praktisch ein Partner der bulgarischen Nationalisten, weil sie die BulgarInnen verängstigt und danach noch die eigene Wählerschaft mit den NationalistInnen erschreckt).

Aber die einzigartige Ursache für unsere Atmosphäre ist die allgemeine soziale Passivität, der Wunsch, sich alleine einzurichten, Vetternwirtschaft, geschäftliche Schlampigkeit … Dennoch reichen die Versuche, die Minderheiten zu agitieren und mit ihnen zu arbeiten, nicht aus. Wir leben dicht beieinander, aber wie die nichtslawisch-sprachigen Mitmenschen leben – wissen wir nicht. Von außen erscheinen die Minderheiten monolithisch, aber es ist gar nicht so.

F: *Ich glaube, Proteste gegen den Bau von AKWs sind bei euch auch so ein altes Thema. Wie ist die Lage heute? Nahmen die AnarchistInnen an solchen Öko-Protesten teil?*

NT: Siehst Du, gegen die atomare Energie zu protestieren, wenn es nur die atomare Energie ist, ist keine adäquate Reaktion. (Die FAB übrigens hat keine einheitliche Position zur Frage). Technologien an sich (welche auch immer) sind weder gut noch schlecht. Ihr Schaden misst sich daran, wie sie genutzt werden und wem sie am meisten schaden. Die heutige Atomenergie ist obsolet. Außerdem ist sie konstruiert, um zentralisierte Strukturen (im weitesten Sinne) zu stärken. Eigentlich braucht mensch keine neuen Reaktoren. Der Strom wird einfach so verbraucht, wir wissen nicht wohin damit. Die Produktion liegt lahm, der Markt wird mit stromsparenden Geräten gesättigt. Ein neues AKW kostet so viel wie 500-700 Mini-AKWs kosten würden, die von der Konstruktion her das minimale Risiko bieten, ihre gemeinsame Kapazität aber kann die vermeintliche Kapazität des AKWs „Belene" um das 2- oder 4-fache übersteigen.

Staat und Kapital sind ganz klar nicht in der Lage, ungefährliche Atomtechnologien zu schaffen. Die brauchen sie nicht, weil das die dezentralisierten, fast vollständig recycelbaren Technologien wären, die weder Profite abwerfen, noch Kontrolle über den VerbraucherInnen garantieren, noch militärisch verwendbares Material herstellen. Solche Technologien gibt es aber – auf dem Papier, in experimentellen Stationen. Eine arbeitet bereits seit 30 Jahren ohne jegliche Unfälle bei Kurtschatows Institut in Moskau. Aber sie braucht niemand. Denn Massengebrauch von solchen Reaktoren würde zur energetischen Autonomie kleiner Gemeinden führen – wie soll dann die Zentralregierung sie unter Kontrolle halten?

Insgesamt ist die Frage der sozialen Revolution von oberster Priorität. Die befreiten Kreativität und Arbeit werden Technologieprobleme adäquat lösen können. Auch wenn unter Verzicht auf atomare Energie. Aber nur dann. Heute kann mensch gegen die AKWs als eine schädliche Nutzung von Atomenergie protestieren, nicht gegen die Energie selbst. Hätten die UmweltschützerInnen mehr Ingenieur- und naturwissenschaftliches Wissen, hätten sie das kapiert, jetzt aber werden sie von einigen Konzernen gegen andere ausgespielt. Oder einfach verarscht. Der Siemens-Konzern stellt sowohl Reaktoren als auch Windkraftwerke her. Heute sind Windkraftwerke modisch, sie sind profitabler (die Effizienz lässt aber zu wünschen übrig). Für den Konzern ist es günstiger, den teuren Strom zu erzeugen und keinen billigen. Das ist meine private Meinung. ■

matschutz" dienende neue Behörden und Regierungsorganisationen aus der Taufe gehoben, deren Gesamtzahl somit auf 1.271 angewachsen sei. Der hierbei entstandene Kontrollapparat verfüge landesweit über rund 10.000 Filialen mit zirka 854.000 Beschäftigten. In der BRD nutzte der damalige Bundesinnenminister Otto Schily (geboren 1932) die sich seinem Ministerium durch die Terrorangriffe bietende Gelegenheit, bereits in der Schublade liegende, aber bis dahin nicht mehrheitsfähige Gesetzesentwürfe durchzupeitschen. So erfolgte z. B. vier Monate darauf die Verabschiedung des den Verfassungsschutz u. a. zum Abhören von Wohnungen ermächtigenden „Terrorismus-Bekämpfungsgesetzes", einige Jahre später wurde eine „Anti-Terror-Datei" eingeführt. Die Durchsetzung dieser und diverser weiterer Befugnisse zur inneren Ausspähung und Repression, deren Tragweite gerade Angehörige linksradikaler Zusammenhänge zu spüren bekommen sollten, korrespondierte mit einer zunehmenden Verschärfung des Systems EU-weiter Migrationskontrolle. Auf dem Feld der Flüchtlingspolitik entfaltete neben einer immer inhumaneren, rassistisch unterfütterten Abschiebepraxis insbesondere die Verlagerung der zur Abwehr unerwünschter MigrantInnen unternommenen Anstrengungen in jenseits der EU-Grenzen gelegene Gefilde eine verhängnisvolle Wirkung. Eine Schlüsselfunktion erfüllte hierbei Frontex, die 2005 gegründete „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen". Zu ihren Haupteinsatzgebieten zählt das Mittelmeer, über welches nach UN-Angaben 2008 mehr als 67.000 Flüchtlinge nach Europa zu gelangen versuchten. Mindestens 1.274 von ihnen starben allein vor den Küsten Italiens. Frontex bemüht sich nach Kräften, die Überlebensaussichten der Flüchtlinge zu minimieren. So werden Flüchtlingsboote im Zuge riskanter Seeoperationen bereits möglichst fernab der Hoheitsgewässer von EU-Staaten gestellt und „umgeleitet", wie es beschönigend heißt. In mehreren nachgewiesenen Fällen schreckten Frontex-Besatzungen sogar nicht davor zurück, Treibstoff und Nahrungsmittel von Flüchtlingen auf hoher See zu beschlagnahmen, um sie zur Umkehr zu zwingen. Der Ausbau der „Festung Europa" schreitet also in mehrfacher Hinsicht voran. Ob die entsprechenden innen- und migrationspolitischen Bemühungen irgendwann in die Ausbildung Kernkriterien faschistischer Herrschaft erfüllender Strukturen münden werden, hängt von einer Vielzahl an Faktoren ab. Die Wirksamkeit des gegen sie gerichteten Widerstands antifaschistischer, antirassistischer und emanzipatorischer Zusammenschlüsse ist einer dieser Faktoren. ■

fpf

Quellen:

Fichtner, Ullrich, Der Terrorist von nebenan. In: DER SPIEGEL, Heft 37 / 2011, S. 114-118.

Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.), Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, Wiesbaden 2011.

Graf, Andreas G. (Hg.), Anarchisten gegen Hitler. Anarchisten, Anarcho-Syndikalisten, Rätekommunisten in Widerstand und Exil, Berlin 2001.

Häusler, Alexander, Rechtspopulistisches Entwicklungsland? Hohe Zustimmungswerte – geringe Bindungskraft – fehlende Modernisierung. In: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, Heft 45 (Herbst 2011), S. 7ff.

Klan, Ulrich / Nelles, Dieter, >>Es lebt noch eine Flamme<<. Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau-Döffingen 1990.

Kühnl, Reinhard, Faschismustheorien. Ein Leitfaden, Heilbronn 1990 (aktualisierte Neuauflage).

Paxton, Robert O., Anatomie des Faschismus, München 2006.

Payne, Stanley, Geschichte des Faschismus.

Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung, Wien 2006.

Saage, Richard, Faschismustheorien.

Eine Einführung, München 19813.

Sperber, Grit, Faschistische Einflussnahme in der Krise. Die extreme Rechte in Griechenland im Aufwind. In: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, Heft 45 (Herbst 2011), S. 47f.

Theissen, R. / Walter, P. / Wilhelms J., Antiautoritäre Arbeiterbewegung im Faschismus, Band 1 (Anarcho-Syndikalistischer Widerstand an Rhein und Ruhr) und 2 (Zwölf Jahre hinter Stacheldraht und Gitter. Originaldokumente), Meppen 1980.

Winkler, Heinrich August, Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914-1945, München 2011.

Wippermann, Wolfgang, Faschismustheorien, Darmstadt 19752.

schen“ und tendenziell rassistischen Thesen gespickten Buches „Deutschland schafft sich ab“. In eine ähnliche Richtung weisen die ebenfalls 2010 der Öffentlichkeit vorgestellten Ergebnisse einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung. So befürworten laut der Studie 58,4 Prozent der Bevölkerung eine Beschränkung der muslimischen Religionsausübung, über 30 Prozent wähnen sich „in einem gefährlichen Maß überfremdet“ und jede(r) vierte(r) Deutsche(r) spricht sich für das politische Monopol einer „einzige(n) Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, aus. Das bislang mit Ausnahme der kurzlebigen „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ („Schill-Partei“), die 2001 bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen auf 19,4 Prozent der abgegebenen Stimmen kam, vergleichsweise mäßige Abschneiden rechtspopulistischer Zusammenschlüsse bei landes- und bundesweiten Urnengängen in der BRD dürfte demzufolge weniger die Unempfänglichkeit der Stimmberechtigten gegenüber autoritären und fremdenfeindlichen Positionen widerspiegeln als vielmehr mit dem dort im entsprechenden Lager (noch) vorherrschenden Konkurrenzdenken und Dilettantismus zusammenhängen. Um dem politischen Durchbruch des Rechtspopulismus in der BRD über das innerhalb der bürgerlichen Parteien ohnehin übliche Maß hinaus entgegenzuwirken, sind beharrlich die extrem rechten Hintergründe und Verbindungen seiner Leitfiguren und StrippenzieherInnen bloßzulegen. Zudem gilt es größere Propagandainszenierungen zu unterbinden, wie im Fall der „Anti-Islamisierungskongresse“ des „pro“-Netzwerks auf Grundlage einer gelungenen Bündnis- und Blockadepolitik mehrfach geschehen.

Ökonomische Krisen als Katalysatoren staatlich instrumentalisierter Prozesse rassistischer Eskalation

Erhöhte Alarmbereitschaft ist für antifaschistische AktivistInnen während wirtschaftlicher Krisenphasen geboten, die in kapitalistischen, parlamentarisch-demokratischen Staaten regelmäßig ein fatales Wechselspiel zwischen politischen Eliten, ihnen nahestehenden Medien und rassistischen Schlägerbanden mit sich bringen. Exemplarisch sei in diesem Zusammenhang auf den Umgang mit MigrantInnen in Griechenland verwiesen. Gemäß der 2003 in Kraft getretenen Dublin II-Verordnung zeichnet diejenige Nation für die bürokratische Behandlung die EU erreichender Flüchtlinge verantwortlich, deren Boden von den Ankömmlingen zuerst betreten wurde. Für mittlerweile wohl mehr als 100.000 über den Mittelmeerstaat jährlich in die EU einreisende Menschen läuft diese Regelung mehrheitlich auf die mit häufig tödlichen Gefahren verbundene „Rückführung“ in ihr Herkunftsland oder ein perspektivloses, von Angst und Obdachlosigkeit geprägtes Dasein im griechischen Exil hinaus. In Anbetracht des dort ab 2010 akut drohenden Staatsbankrotts gerieten in Griechenland gestrandete MigrantInnen zu Opfern einer fremdenfeindlichen Kampagne. Eifrig wirkten Angehörige herrschender Kreise, denen jede Ablenkung von den sozialen und politischen Ursachen der ökonomischen Notlage willkommen schien, als mediale StichwortgeberInnen und InitatorInnen bürokratischer Repressionsmaßnahmen an ihr mit. Die „Drecksarbeit“ übernahmen nur allzu gerne Rollkommandos der für rassistische Übergriffe berüchtigten neofaschistischen Organisation „Chrysí Augí“ („Goldene Morgendämmerung“), die im Mai 2011 in Athen pogromartige Hetzjagden auf MigrantInnen veranstalteten und nebenbei, laut Augenzeugenberichten unter Duldung anwesender Polizeikräfte, von autonomen Gruppen besetzte Häuser attackierten. In den TV-Hauptnachrichten wurden die beunruhigenden Vorkommnisse zu Überreaktionen von „Ausländerkriminalität“ geplagter, „aufgebrachte(r) Bürger“ umgedeutet. Athens Bürgermeister Giorgos Kaminis (geboren 1954) schob die Verantwortung für die Gewalteskalation deren Opfern zu und warnte vor bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, sollte die illegale Einwanderung nicht eingedämmt werden. Bestätigt fühlen durfte sich durch solche Äußerungen die seit 2007 im griechischen Parlament vertretene rechtspopulistische Partei LAOS („Laikós Orthódoxos Synagermós“ = „Orthodoxe Volksbewegung“), die schon seit geraumer Zeit Massenabschiebungen und die Abschottung der Grenzen forderte.

Schleichende Faschisierung im Namen von Sicherheit, Freiheit und Demokratie?

Den meisten in der historischen Rückschau betrachteten faschistischen Herrschaftssystemen bereiteten Machtübergaben konservativer Kreise oder Putsche den Boden. Nicht ganz von der Hand zu weisen, wenn zumindest in westlichen Industrienationen nicht gar wahrscheinlicher sind Zukunftsszenarien einer schleichenden Faschisierung im Zuge eines massiven Ausbaus der Überwachungsbürokratie bei gleichzeitigem Abbau der Grundrechte unter dem Deckmantel des Schutzes von Freiheit und Demokratie. Anlass zu entsprechender Besorgnis geben nicht zuletzt die internationalen sicherheitspolitischen Entwicklungen nach den am 11. September 2001 in den USA verübten islamistischen Anschlägen. In den Vereinigten Staaten selbst wurden nach Recherchen der Washington Post im Anschluss 263 dem „Anti-Terror-Kampf“ bzw. dem „Hei-

SRB ZAF – voller Erfolg für serbische Antifaschist_innen

Mit einer ambitionierten Auswahl an Themen luden Aktivist_innen aus der nord-serbischen Stadt Zrenjanin vom 30. September bis 2. Oktober zum diesjährigen Antifa-Festival nach Zrenjanin. Neben den Referaten und Podiumsdiskussionen, gab es zudem eine anarchistische Büchermesse, sowie ein Musik-Festival und eine Party. Das alles wurde organisiert im zentral gelegenen, öffentlichen Kulturzentrum der Stadt.

Laut den Veranstalter_innen war das diesjährige ZAF das bisher erfolgreichste mit Besuchern aus der ganzen Welt. So waren Gäste aus Deutschland, Österreich, Kroatien, Griechenland, Bulgarien, Italien, den USA und Australien dabei. Auch viele Jugendliche und Interessierte aus Zrenjanin nahmen an den politischen und kulturellen Veranstaltungen teil.

Neben den Aktivitäten der Antifa in Novi Sad, in Zagreb und Pula (Istrien) oder das jüngst auf die Beine gestellte Antifa-Festival in Mostar (Bosnien), ist das ZAF eines der wichtigsten Ereignisse alternativer und linksradikaler Kultur auf dem Balkan.

Der erste Tag begann mit der Vorstellung des Verlages Anarhija/blok 45 durch Aleks Golijanin. Dieses Kollektiv aus Belgrad bemüht sich internationale Literatur auf den serbischen Markt zu bringen, die sich kritisch mit dem Phänomen der Massengesellschaft und der Warenproduktion auseinandersetzt. Um die Spielregeln des kapitalistischen Normalbetriebs zu umgehen, werden die Publikationen zu einem Teil kostenfrei an die Leser_innen weitergegeben. Das Kollektiv bemüht sich darum alternative Distributionswege zu gehen und eine besondere Beziehung zur Leser_innenschaft aufzubauen. So soll die Reichweite der Publikationen erhöht werden, aber auch die alternative Distribution gangbar gemacht werden. Eine Publikationsliste mit freien Downloads der Texte auf Serbisch findet ihr unter der Adresse anarhija-blok45.net1zen.com/.

Im Anschluss referierte ein Gast aus Deutschland über die bewegende Geschichte der radikalen Linken in der BRD und ihre ideologischen Wurzeln. Angefangen bei der antikommunistischen Vernichtungspolitik der Nazis und dem langsamen Wiederaufbau linksradikaler Organisationen und gesellschaftskritischer Wissenschaften in den frühen 50ern, bewegte sich das Referat über die Studentenbewegung der 68er, den SDS, die Entstehung des bewaffneten Kampfes und die Herausbildung eines alternativen, linksradikalen Milieus in der BRD. Das Phänomen der autonomen Linken war ebenfalls ein Thema, sowie die Entstehung einer antifaschistisch-autonomen Subkultur in den 1980ern und ihre Krise und Transformation in den 1990ern. Besonderes Interesse zeigten einige Teilnehmer am spezifisch deutschen Phänomen der antideutschen Bewegung.

Zum Abschluss des ersten Tages heizten fünf Bands den Gästen und hunderten Jugendlichen aus Zrenjanin und Umgebung nochmal richtig ein. Dabei spielten unter anderem Hardcore, Punk und Metal-Bands aus Serbien, Kroatien und Australien. Zur Zufriedenheit der Veranstalter_innen kam es im Gegensatz zum vergangenen Jahr zu keinerlei Übergriffen von Nationalist_innen auf das Festival.

Am Samstag eröffnete die anarchistische Buchmesse mit Büchern, Readern, Plakaten, Buttons, Stickern, Shirts und Fanzines der anwesenden Gruppen und Gäste. Die Besucher_innen und Aussteller_innen bekamen dadurch die Möglichkeit miteinander in Kontakt zu treten und sich über die aktuelle Auswahl der Publikationen auszutauschen. So fanden sich neben Readern auf Italienisch, DIY-Broschüren und Romanen auf Deutsch oder Kunstdrucken eines US-amerikanischen Künstler_innenkollektivs namens justseeds, die im Laufe des Tages ihre Arbeiten auch einem größeren Publikum vorstellten.

Diskutiert wurde auf dem Podium zunächst das Thema Fukushima und die Gefahren der Atomenergie. Ein Redakteur des gesellschaftskritischen serbischen Infoportals Kontrapunkt referierte zu dem Thema und stellte sich die Frage, wieso die Gefahren von den staatlichen Behörden verschwiegen werden und ob es so etwas wie ein ungefährliches Niveau radioaktiver Strahlung überhaupt gibt. Zudem ging er der Frage nach, welche langfristigen Folgen die Katastrophe in Fukushima haben wird. Die Seite des Infoportals findet ihr unter

www.kontra-punkt.info/.

Der nächste Beitrag der Belgrader Historikerin Vanda Perovic rückte die serbische Sozialistin Jelena Ilka Markovic in das Zentrum, die im 19. Jahrhundert ein Attentat gegen den damaligen König Serbiens Milan Obrenovic ausführte. Dabei versuchte Vanda Perovic neben einem biographischen Abriss Markovics die Reaktion der damaligen Öffentlichkeit aus einer feministischen Perspektive zu dekonstruieren, die sie durch monatelanger Recherche in Belgrader Archiven zusammengetragen hatte. So war's für die damalige Gesellschaft unvorstellbar, dass eine Frau ohne die Instruktion eines Mannes eine derartige Tat vollbringen konnte und zudem noch Genossinnen auf ihrer Seite hatte, die sie bei dem Attentat unterstützten. Im Anschluss an den Beitrag entfaltete sich eine Diskussion über die Frau als politische Attentäterin.

Im Anschluss wurde es wieder international: Gäste aus Griechenland versuchten einen aktuellen Blick auf die Krisenerscheinungen in Griechenland und weltweit zu geben mit Rückgriff auf marxistische und antikapitalistische Publikationen der letzten Jahre. Dabei ging es ihnen sowohl um die Aufdeckung gängiger Mythen den globalen Finanzmarkt betreffend, um den Versuch einer Metaanalyse kapitalistischer Krisenerscheinungen, als auch um eine Perspektive für die konkrete politische Praxis vor Ort. Wichtiger Ansatzpunkt für die Referenten dabei waren die sozialen und politischen Kämpfe der Migrant_innen in Griechenland. Zudem berichtete eine Gruppe aus Bulgarien über ihre Erfahrungen im Kampf gegen Antiziganismus und Rassismus und die Bedeutung und Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen in Bulgarien. Die bulgarische Indymedia-Seite findet ihr unter *bulgaria.indymedia.org/*.

Der Abend endete mit basslastigen Rhythmen des Banathardkor-Kollektivs, welches seit Jahren erfolgreich versucht, alternativen Musikern eine Plattform zu geben und Mitunterstützerin des ZAFs ist. Nach einem leckeren Mittagessen am Sonntag, mit vielen Kontakten in der Tasche und geschlossenen Freundschaften ging das Festival in Zrenjanin mit einem kleinen Plus in der Kasse zu Ende. Wir freuen uns jedenfalls schon auf nächstes Jahr. ■

Was ist Fas
Teil 7 – Resümee und

Die entsprechenden Planungen sowie die föderative Ausrichtung der anarchosyndikalistischen Organisation erleichterten nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler den Übergang in die Illegalität. So entgingen die meisten FAUD-Ortsgruppen ihrem Verbot durch vorherige Selbstauflösung und unter Rettung materieller Ressourcen für zukünftige Untergrundaktivitäten. Ausgerechnet in Berlin verlief die Schaffung tragfähiger illegaler Strukturen allerdings schleppend, wodurch der Gestapo im März 1933 die Bestände des libertären ASY-Verlags und das Archiv der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA), der 1922 gegründeten Syndikalistischen Internationale, in die Hände fielen. Im Rheinland hingegen z. B. gelangen in den ersten Jahren der NS-Diktatur der Aufbau und die Aufrechterhaltung einer Fluchthilfeorganisation sowie die Verbreitung von Schriften anarchistischen und antifaschistischen Inhalts. Auf Dauer vermochten sich die im Zuge des nun staatliche Autorität beanspruchenden braunen Terrors personell immer weiter ausdünnenden anarchosyndikalistischen Zirkel aber in keiner Region des „Dritten Reiches" zu behaupten. Im Rahmen einer Verhaftungswelle wurden in West- und Mitteldeutschland allein von 1937 bis 1938 um die 200 Libertäre verhaftet und abgeurteilt. Viele von ihnen ließ der NS-Staat nach Verbüßung ihrer Strafe in Konzentrationslager verschleppen oder zum Dienst in Strafbataillonen zwingen. Andere Mitglieder der anarchosyndikalistischen Untergrundbewegung wie der Düsseldorfer Schmied Anton Rosinke (1882-1937) wurden ohne vorherigen Gerichtsprozess ermordet. Das „nationalsozialistische" Spitzel- und Terrorsystem erfüllte seinen Zweck: Bei Kriegsausbruch war die Mehrzahl der libertären Widerstandsgruppen zerschlagen.

Faschismus als aktuelle politische Herausforderung und Zukunftsbedrohung

Neonazismus

Die eindeutigste Erscheinungsform einer fortgesetzten faschistischen Gefahr stellen im deutschsprachigen Raum neonazistische Aktivitäten dar. Trotz lokaler Hochburgen insbesondere in bestimmten Gebieten Ostdeutschlands steht zwar eine Machtübernahme sich offen zum „Nationalsozialismus" bekennender Organisationen wie etwa der NPD und mit dieser kooperierender „Freier Kameradschaften" auf absehbare Zeit kaum zu befürchten, ist doch ein zumindest grobes Wissen um den terroristischen Charakter des „Dritten Reiches" relativ weit verbreitet. Dennoch sollte jeder Versuch neofaschistischer Mobilisierung und Organisierung öffentlich gemacht und offensiv bekämpft werden. Nur durch gezielte und vielfältige antifaschistische Intervention lässt sich die Entstehung bzw. Verfestigung extrem rechter Strukturen verhindern, die in der jeweiligen Region für jeden das braune Idyll einer „nationalen Volksgemeinschaft" störenden Menschen mit einem Zustand permanenter Bedrohung verbunden sind.

Rechtspopulismus

Bessere Aussichten auf Wahlerfolge als neofaschistische Kräfte dürften kurzfristig rechtspopulistische Parteien besitzen. Einen deutlichen Hinweis hierauf lieferten die enorm hohen Verkaufszahlen (zirka 1,3 Millionen bis April 2011) des vom damaligen Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank Thilo Sarrazin (geboren 1945) 2010 veröffentlichten, mit „eugeni-

Rheinland (PAB) gebildete „Arbeits- und Kampfgemeinschaft für revolutionären Anarcho-Syndikalismus“ z. B. waren die unkritische Anerkennung der „Autorität, der Kadavergehorsam, das zentralistische Prinzip (…) Vorbedingungen der allgemeinen Faschisierung, auch wenn sie den Arbeiterorganisationen entstammen.“ Der „Nationalsozialismus“ wurde von libertärer Seite als spezielle, einer historischen Sonderentwicklung Deutschlands entsprungene Faschismus-Variante betrachtet. So profitiere die Nazi-Bewegung von einem autoritätsfixierten Bürgertum, das sich in beträchtlicher Anzahl rassenideologischen und imperialistischen Vorstellungen zugewandt habe, anstatt eine nachhaltige demokratische und emanzipatorische Tradition zu begründen. Hellsichtige anarchistische AntifaschistInnen prognostizierten dementsprechend bereits früh eine Machtübergabe an die NSDAP. Augustin Souchy (1892-1984) etwa konstatierte in seinem Ende Oktober 1930 veröffentlichten Artikel „Der Faschismus im Anmarsch“, der deutsche Faschismus habe „einen offenen Putsch nicht mehr nötig“, denn das „Bürgertum macht vor den anstürmenden Wogen des Nationalismus Kotau.“ Im Hinblick auf die Folgen der Etablierung eines braunen Herrschaftssystems für die gesamte Linke des Deutschen Reiches gab sich Souchy keinerlei Illusionen hin. Seiner Voraussage nach „würden die Nazis vor keinem Mittel brutalster Gewaltanwendung zurückschrecken, um die sozialistische Propaganda, in der sie ihren Feind und ihre Konkurrenz erblicken, zu unterdrücken.“ Ähnlich äußerte sich der anarchosyndikalistische Chemiker und Publizist Gerhard Wartenberg (1904-1942), der im Herbst 1932 in seiner Broschüre „Von Hildburghausen ins Dritte Reich“ eindringlich vor der Errichtung einer „rücksichtslosen Diktatur gegen alle freiheitlichen und sozialistischen Bestrebungen“ warnte. Umso stärker zeigten sich anarchistische Zusammenschlüsse zu Beginn der 1930er Jahre darum bemüht, wirksame Kampagnen zur Abwehr der extrem rechten Bedrohung zu initiieren. Die Formen des antifaschistischen Engagements waren vielfältig. In Oberschlesien und Berlin sowie im Rheinland z. B. formierten sich junge Libertäre aus dem Umfeld der Syndikalistischen Anarchistischen Jugend Deutschlands (SAJD) zu Propagandaarbeit mit militanten Aktionen verbindenden Gruppen, den so genannten Schwarzen Scharen. Letztere riefen innerhalb des anarchistischen Lagers allerdings auf Grund uniformer Kleidung und teilweiser Bewaffnung ein geteiltes Echo hervor. Weniger umstritten war die Erklärung des Generalstreiks zum ultimativen Mittel im Kampf gegen eine faschistische Machtübernahme. Die personelle Entwicklung der FAUD, deren Mitgliederbestand zwischen Ende 1921 und März 1932 von bis zu 150.000 auf nur noch 4.307 gesunken war, ließ aber die einseitige Proklamation eines

Päd, d.i.: Hans Schmitz Junior
Vor 1945 Mitglied
der SAJD, der FAUD und der Schwarzen Schar Wuppertal
Nach 1945
Mitglied der FFS und Ehrenmitglied der FAU-D

Schwarze Schar und Piraten
Rhein, 1939
Foto: Archiv der FAU-D

solchen als sinnlos erscheinen. Lediglich eine Reihe kleinerer Organisationen wie der Bund revolutionärer Industrieverbände Deutschlands erklärte sich zu einer Notallianz bereit, was in die Bildung örtlicher „Kampfgemeinschaften gegen Reaktion und Faschismus“ mündete. Die beiden proletarischen Massenparteien hingegen schieden als Bündnispartnerinnen aus. So hielt die SPD-Spitze selbst nach der verfassungswidrigen Absetzung der preußischen Landesregierung im Sommer 1932 an ihrem strikten Legalitätskurs fest. Nicht minder sträflich missachtete die KPD-Führung die Zeichen der Zeit, indem sie nicht nur ihre Anhängerschaft per Rundschreiben ermahnte, sich vor jeglicher Kooperation mit „Trotzkisten und Anarchisten“ zu hüten, sondern darüber hinaus unter Berufung auf Stalin, der 1924 Faschismus und Sozialdemokratie als „Zwillingsbrüder“ bezeichnet hatte, der SPD hartnäckig einen „sozialfaschistischen“ Kurs vorwarf. Angesichts ihrer gesellschaftlichen Isolierung, wachsenden staatlichen Drucks und der zunehmenden faschistischen Mobilisierung wurden zu Ostern 1932 auf dem in Erfurt abgehaltenen 19. Kongress der FAUD konspirative Maßnahmen für den Fall einer Machtübernahme durch die NSDAP beschlossen.

chismus?
Ausblick

Verschiedenartigkeit nationaler Faschismus-Varianten

In den zurückliegenden Artikeln setzten wir uns im Bemühen, den Kern faschistischer Denk- und Handlungsmuster zu erfassen, mit extrem rechten Bewegungen diverser Staaten, Kulturkreise und geschichtlicher Perioden auseinander. Hierbei zeigte sich, dass es „den“ Faschismus weder gab noch gibt. Selbst die als die beiden „klassisch-faschistischen“ Herrschaftssysteme schlechthin geltenden Diktaturen Italiens und Deutschlands wiesen gravierende weltanschauliche und strukturelle Unterschiede auf. So wurde z. B. der Antisemitismus seitens des Mussolini-Regimes als eine Geisteshaltung von nachrangiger Bedeutung erachtet, wohingegen die Spitze des „Dritten Reiches“ die Auslöschung des „internationalen Judentums“ zu einer Art heiligen Mission erkor. Ein Hauptgrund für die Verschiedenartigkeit der Ausprägungen sogar in zeitlicher und räumlicher Nähe zueinander entstandener Faschismen liegt sicherlich im Ultranationalismus als einem der typischsten Elemente faschistischen Gedankenguts. Trotz der Bandbreite nationaler Faschismus-Varianten lässt sich aber eine ganze Reihe die Einstufung eines politischen Phänomens als faschistisch erleichternder Charakteristika festmachen.

Zentrale Wesensmerkmale faschistisch geprägter Weltbilder und Bewegungen

Ideologische Ebene

Faschistische Programme und Grundlagentexte bestechen in der Regel nicht durch übermäßige Originalität, sondern stellen Sammelsurien aus verschiedensten Quellen zusammengetragener Ideen dar. Im Rahmen dieser ideologischen Mixturen genießen Mythen, kollektive Ängste und Ressentiments sowie voluntaristische, d. h. den menschlichen Willen als Triebfeder historischer Prozesse betrachtende Denkansätze eindeutig Priorität gegenüber wissenschaftlich fundierten Analysen. Hieraus resultiert ein Hang zu Irrationalität und inneren Widersprüchen, wie etwa jenem der NS-Ideologie, sowohl Finanzkapitalismus als auch Kommunismus auf eine jüdische Weltverschwörung zurückzuführen. Solche Paradoxien werden aber von der jeweiligen Anhängerschaft, die das von ihren Leitfiguren propagierte Gedankengut in den Rang einer Art politischen Religion erhebt, nicht hinterfragt. Ohnehin legen faschistische Gruppierungen gewöhnlich eine gewisse Theoriemüdigkeit an den Tag und schaffen lieber Tatsachen als programmatische Grundlagen. Der italienische Faschist Luigi Freddi (1895-1977) brachte diese Neigung 1920 auf die Formel: „Der Faustschlag ist die Synthese der Theorie.“ Entsprechend positiv bewerten faschistische IdeologInnen Gewalt, Krieg und maskuline Dominanz. Strikt abgelehnt wird von ihnen hingegen jegliche Form der Individualität. Stattdessen fordern sie die bedingungslose Unterordnung des / der Einzelnen zugunsten eines sozial befriedeten, autoritären Staats- und Gemeinschaftswesens. Das beschworene Kollektiv ist häufig dem Prinzip ethnischer Homogenität verpflichtet und soll stets der Mehrung nationaler Größe dienen. In außenpolitischer Hinsicht geht der Nationalismus faschistischer Bewegungen oftmals einher mit aggressiven, auf territoriale Zugewinne abzielenden Konzepten.

Mit Vernichtungsbereitschaft gepaarte Feindbestimmung

Zu den weltanschaulichen Kernelementen faschistischer Gruppierungen zählen strikte Antihaltungen. Kaum eine entsprechende Organisation pflegt nicht einen entschiedenen Antikommunismus und Antiliberalismus, zum festen ideologischen Arsenal vieler Faschismen zählen u. a. auch Antisemitismus, Antiziganismus und Homophobie. Auf die eigene Anhängerschaft üben diese Antihaltungen eine identitätsstiftende und mobilisierende Wirkung aus, während im Zuge ihrer Propagierung ganzen Bevölkerungskreisen das Recht auf Teilhabe an der angestrebten Gemeinschaft abgesprochen wird. Faschistisches Denken bewegt sich also in den Bahnen rigider Freund-Feind-Kategorien. Wer auf Grund politischer Einstellungen, religiöser Konfession, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung oder sonstiger Charakteristika als dem Feind-La-

ger zugehörig eingestuft wird, muss mit Terror und Verfolgung rechnen. Auch wenn die NS-Variante des Faschismus in dieser Hinsicht eine besondere Radikalität an den Tag legt(e), ist die hohe Bereitschaft, für die Durchsetzung weltanschaulicher Ziele die physische Auslöschung dieser im Weg stehender Personen und Gruppen in Kauf zu nehmen, ein generelles Merkmal faschistischer Zusammenschlüsse.

Organisatorisch-strukturelle Merkmale

„Klassisch-faschistische" Strategien der Machterlangung bzw. -festigung verfolgende Bewegungen der extremen Rechten bauen auf Massenmobilisierung, wobei Parteiapparate und paramilitärische Verbände zu den gängigsten Organisationsformen zählen. Entscheidungen werden auf allen Ebenen im Rahmen eines rigiden Systems autoritärer Führung getroffen. Faschistische Bewegungen streben ein Höchstmaß an gesamtgesellschaftlicher Kontrolle an. Mit den diesbezüglichen Bemühungen nicht im Einklang stehende Gruppierungen und Organisationen geraten unweigerlich in ihr Fadenkreuz und werden zerschlagen bzw. durch weltanschaulich konforme Einrichtungen ersetzt, sobald es die Machtverhältnisse zulassen. Zu den ersten Leidtragenden gehören in solchen Fällen gewöhnlich Gewerkschaften und sonstige in der Tradition der Arbeiterbewegung stehende Kräfte. Soziale Kämpfe sollen durch die Schaffung staatlich überwachter, klassenübergreifender Institutionen und national ausgerichteter Wirtschaftsstrukturen unterbunden werden. Abgesehen von sich bereichernden Eliten der jeweiligen faschistischen Bewegung sowie wegen Nichterfüllung bestimmter ideologischer Vorgaben angefeindeter und ausgegrenzter Teile der Bevölkerung bleiben die herrschenden Eigentumsverhältnisse hierbei in der Regel weitgehend unangetastet.

Das ästhetische Moment

Der faschistische Politikansatz zeichnet sich durch einen äußerst hohen Grad an Ästhetisierung und Emotionalisierung aus. Streng durchchoreografierte Kundgebungen und Aufmärsche sollen unter Verwendung suggestiver, aufeinander abgestimmter Gestaltungselemente optischer und akustischer Natur die eigenen Reihen stärken, das neutrale Publikum in ihren Bann ziehen und die Gegnerschaft einschüchtern. Feste Bestandteile entsprechender Inszenierungen sind u. a. Fahnen, Fackeln, Uniformen, Auftritte von Massenformationen, Sprechchöre und synchron ausgeführte Gesten. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich innerhalb faschistischer Kreise zudem mythische Bezüge aufweisende Riten, z. B. in Form eines hingebungsvoll zelebrierten Ahnen- und Totenkultes.

Erkenntnisfördernde faschismustheoretische Ansätze

Im Zuge unserer Betrachtungen haben wir uns den historischen, sozialen und politischen Entstehungsbedingungen einer größeren Anzahl faschistischer Bewegungen angenähert. Hierbei stellten wir fest, dass sich die Aufstiege der erfolgreichsten unter ihnen nicht zuletzt auf nationalspezifische Faktoren zurückführen lassen. Das Erstarken des „Nationalsozialismus" in Deutschland etwa dürfte u. a. durch das Fehlen im kollektiven Gedächtnis verankerter republikanischer und demokratischer Traditionslinien, eine tief verwurzelte Staats- und Autoritätshörigkeit, die durch den Versailler Vertrag allgemein ausgelöste Verbitterung sowie das Festhalten der gesellschaftlichen Eliten an den imperialistischen Zielen des untergangenen Kaiserreiches maßgeblich begünstigt worden sein. Nichtsdestotrotz scheinen Hochphasen faschistischer Mobilisierung grenzübergreifend gewissen Mustern zu folgen. So fallen sie z. B. häufig mit wirtschaftlichen Krisensituationen zusammen, die offenkundig einen recht fruchtbaren Nährboden für entsprechende Propaganda- und Rekrutierungsbemühungen bilden. Für diese besonders empfänglich zeigen sich in der Regel von sozialen Abstiegssorgen geplagte Angehörige des Mittelstands, wobei die ultranationalistische Stimmungsmache durchaus auch Mitglieder der Unter- und Oberschicht anspricht. Ungeachtet einer oftmals zu beobachtenden revolutionären Selbststilisierung gelangten bislang faschistische Bewegungen eher nicht durch eine die Eigentumsverteilung einschließende Umwälzung der herrschenden Verhältnisse, sondern im Einvernehmen mit traditionellen gesellschaftlichen Eliten an die Schalthebel der staatlichen Macht. Die über Jahrzehnte hinweg marxistische Analysen prägende Position, „der" Faschismus stelle eine zur Abwehr ansonsten unkontrollierbarer sozialrevolutionärer Strömungen geschaffene Marionette monopolkapitalistischer Kreise dar, greift dennoch zu kurz. Größeren Erkenntnisgewinn verspricht ein durch August Thalheimer (1884-1948), den Mitbegründer der KPD-Abspaltung Kommunistische Partei-Opposition (KPO), zwischen 1929 und 1933 ausgearbeiteter Ansatz. In Anlehnung an eine von Karl Marx (1818-1883) entwickelte Deutung jenes Staatsstreiches, in dessen Verlauf sich 1852 Charles Louis Napoléon Bonaparte (1808-1873) zum französischen Kaiser aufschwang, interpretierte Thalheimer die Entstehung eines faschistischen Herrschaftssystems in Italien als „das Resultat eines eigenartigen Gleichgewichtes der Klassenkräfte". So habe die Bourgeoisie sich nicht länger in der Lage gesehen, ihre Macht aus eigener Kraft aufrechtzuerhalten, während das Proletariat noch nicht stark genug gewesen sei, den Klassenkampf für sich zu entscheiden. In dieser Pattsituation trat das Besitzbürgertum laut Thalheimer die Kontrolle über das politische Geschehen an die von „Deklassierten aller Klassen" getragene faschistische Bewegung ab, um nicht die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und somit ihre sozialen Privilegien einzubüßen. Hieraus habe sich eine Terror und Willkür mit sich bringende Eigendynamik in Form einer „Verselbständigung der Exekutive" ergeben. Für das Deutsche Reich prognostizierte Thalheimer bereits Jahre vor der Machtübergabe konservativer Kreise an die NSDAP eine ähnliche Entwicklung, womit er tendenziell durchaus Recht behalten sollte. Allerdings vermag seine Deutung den Zulauf faschistischer Organisationen im Europa der Zwischenkriegszeit allein ebenso wenig erschöpfend zu erklären wie irgendeine andere auf ökonomische Belange fokussierte Faschismustheorie. Zu ergänzen gilt es u. a. die (sozial)psychologische Perspektive. Wichtige Pionierarbeit leisteten in dieser Hinsicht u. a. Wilhelm Reich (1897-1957), Erich Fromm (1900-1980) sowie Theodor W. Adorno (1903-1969) und Max Horkheimer (1895-1973). Ein wesentlicher Beitrag Reichs bestand darin, in seinem 1933 veröffentlichten Werk „Die Massenpsychologie des Faschismus" den Blick auf die Rollen bürgerlich-patriarchalischer Familien und kirchlicher Institutionen als sexuelle Bedürfnisse hemmende, der „freiwilligen" Selbstaufgabe entsprechend sozialisierter Individuen zugunsten rigider Herrschaftsstrukturen dienende „Ideologiefabriken" zu lenken. Insbesondere Angehörige der Mittelschicht wiesen angesichts dieser systematischen psychischen Deformierung eine erhöhte Empfänglichkeit für faschistische Bewegungen auf, die unterdrückte Triebe ansprächen und das Prinzip unreflektierter Unterordnung auf die Spitze trieben. Die Auswirkungen kapitalistischer Logik, Krisen und Machtkonzentration auf zwischenmenschliche Beziehungen und Persönlichkeitsprofile prototypischer KleinbürgerInnen beleuchtend, legte Fromm in seinen aus den Jahren 1936 bzw. 1941 stammenden Arbeiten „Studien über Autorität und Familie" und „Die Furcht vor der Freiheit" die Grundzüge eines für faschistische Denk- und Handlungsmuster anfälligen „autoritären Charakters" dar. Adorno und Horkheimer erhoben nach ihrer Emigration in die USA gemeinsam mit kalifornischen ExpertInnen die Thematik der „autoritären Persönlichkeit" zum Gegenstand eines fundierten sozialwissenschaftlichen Forschungsprojektes, dessen Ergebnisse 1950 der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Die Studie belegte nicht nur einen recht hohen Verbreitungsgrad von Vorurteilen der Varianten Antisemitismus, Ethnozentrismus und politisch-ökonomischer Konservativismus, sondern auch deren Einhergehen mit einer erhöhten Disposition für antidemokratisch-faschistische Einstellungen. Ob letztere lediglich latent vorhanden bleiben oder zum offenen Ausbruch gelangen, hängt gemäß Adorno und Horkheimer gerade im Fall des Antisemitismus zumeist von den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab.

Das Aufkommen faschistischer Bewegungen aus libertärer Sicht

Wie eingangs erwähnt, bildete eine Diskussion innerhalb der Föderation deutschsprachiger AnarchistInnen den Anlass für den Start unserer faschismusgeschichtlichen Spurensuche. Daher soll diese nicht ohne Würdigung der Anstrengungen zu Ende gehen, die zwischen den Weltkriegen in libertären Zusammenhängen des Deutschen Reiches unternommen wurden, um die zunehmende faschistische Mobilisierung analytisch zu durchdringen und wirksam zu bekämpfen. Die entsprechende Auseinandersetzung begann unmittelbar nach der Etablierung der faschistischen Diktatur in Italien, wobei sie durch den Erfolg der NSDAP bei den Mitte September 1930 abgehaltenen Reichstagswahlen eine deutliche Belebung erfuhr. Da die Angehörigen anarchistischer Organisationen anders als jene der KPD in der Faschismusfrage nicht auf einen von Führungsgremien verordneten Kurs verpflichtet wurden, zeichnete sich die libertäre Beschäftigung mit der Thematik durch eine auch widersprüchliche Positionen einschließende Meinungsvielfalt aus. Nichtsdestotrotz lassen sich einige charakteristische Grundzüge ausmachen. In etlichen Beiträgen wurde beispielsweise, übrigens wiederholt unter Rückgriff auf marxistische Termini, der enge Zusammenhang zwischen dem Profitstreben kapitalistischer Konzerne und dem Anschwellen faschistischer Bewegungen betont. Fritz Linow (1900-1965) etwa, der sich als Arbeitsrechtsexperte der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) profiliert hatte, meldete sich im Juli 1930 mit der Einschätzung zu Wort, dass NS-Programmatik und -Propaganda auf die politische Neutralisierung des Proletariats abzielten, um dieses „später in den Rahmen der großkapitalistischen Interessen des Nationalsozialismus einzureihen". Weitaus intensiver als im Rahmen marxistischer Stellungnahmen wurde in libertären Analysen den geistig-kulturellen Wurzeln der wachsenden faschistischen Bedrohung nachgegangen. Für die 1931 von mehreren Ortsvereinen der Provinzialarbeiterbörse-